

SWP-Studie

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit

Susan Stewart

Die Konstruktion des Feindbilds Westen im heutigen Russland

Seine Geschichte und seine Funktionen

S 28
Oktober 2008
Berlin

Alle Rechte vorbehalten.

Abdruck oder vergleichbare
Verwendung von Arbeiten
der Stiftung Wissenschaft
und Politik ist auch in Aus-
zügen nur mit vorheriger
schriftlicher Genehmigung
gestattet.

Die Studie gibt ausschließ-
lich die persönliche Auf-
fassung der Autorin wieder

© Stiftung Wissenschaft und
Politik, 2008

SWP

Stiftung Wissenschaft und
Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6372

Inhalt

5	Problemstellung und Empfehlungen
7	Der Weg zu dem heutigen Feindbild
8	Die Sowjetperiode
9	Die Perestrojka-Phase
10	Die 1990er Jahre
12	Die Konstruktion des Feindbilds Westen unter Putin
12	Der offizielle Diskurs: Eine Grundlage für den Aufbau des Feindbilds
15	Die gesellschaftliche Verankerung des Feindbilds Westen
15	<i>Erste Botschaft: Neid auf russische Ressourcen</i>
17	<i>Zweite Botschaft: Eine »farbige Revolution« droht</i>
19	<i>Dritte Botschaft: Nationalstolz wiederhergestellt</i>
22	<i>Vierte Botschaft: Der Feind ist unter uns</i>
25	Politische und gesellschaftliche Implikationen des Feindbilds
27	Abkürzungen

*Dr. Susan Stewart ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der
Forschungsgruppe Russland / GUS*

Die Konstruktion des Feindbilds Westen im heutigen Russland.

Seine Geschichte und seine Funktionen

Im letzten Jahr haben sich die politischen Beziehungen zwischen Russland und dem Westen erkennbar verschlechtert. Diese Entwicklung muss im breiteren Kontext des Wandels der russischen Außenpolitik gesehen werden, die während der zweiten Amtszeit von Wladimir Putin zunehmend selbstbewusster geworden ist. Zu diesem Richtungswechsel beigetragen haben die Besserung der wirtschaftlichen Lage Russlands und gewisse Trends in der internationalen Entwicklung, vor allem der Autoritätsverlust der USA im Zuge des Irak-Kriegs und die Schwierigkeiten der EU, eine kohärente außenpolitische Linie gegenüber Russland zu formulieren und umzusetzen. Die weitverbreitete Hoffnung der Europäer, dass die Beziehungen zu Moskau unter dem neuen russischen Präsidenten Dmitrij Medwedew wieder enger und freundschaftlicher werden könnten, wurde durch die Krise im Kaukasus entschieden gedämpft.

Parallel zu der Verhärtung ihrer Außenpolitik hat die russische Führung in den letzten Jahren verstärkt ein auf den Westen bezogenes Feindbild kultiviert. Der Wirkungsbereich solcher Feindbilder liegt an der Schnittstelle zwischen der Innen- und der Außenpolitik, denn sie richten sich zwar vordergründig gegen außenpolitische Akteure, in der Regel spekulieren sie aber auf ein innenpolitisches Publikum. Feindbilder gehen über die bloße Kritik an einem anderen Staat, einer Gruppe von Staaten oder einer Organisation hinaus. Sie beruhen auf Stereotypen, die immer auch ein Element der Übertreibung und Stigmatisierung aufweisen. Bei den Betroffenen lösen sie oft Ärger oder Frust aus. Umso mehr lohnt es, sich mit den Funktionen von Feindbildern eingehender zu beschäftigen, da es dann eher möglich ist, auf aktuelle Manifestationen der dahinterstehenden Ressentiments angemessen zu reagieren und eine Eskalation zu vermeiden.

Eine nähere Betrachtung des in Russland gepflegten Feindbilds vom Westen zeigt, dass sich die damit verbundenen negativen Konnotationen in den meisten Fällen gegen die USA richten, während die EU im russischen Diskurs positiver dargestellt wird. Wegen des differenzierten Charakters der Beziehungen, über die die einzelnen Mitgliedstaaten mit Russland verfügen, eignet sich die EU als Ganzes nicht als Zielscheibe für

ein Feindbild. Allerdings werden einzelne europäische Staaten in bestimmten Kontexten in das Feindbild eingeschlossen, und zwar mit steigender Tendenz. Auch wird, wenn in Russland vom »Westen« die Rede ist, Europa manchmal mit den USA gleichgestellt. Diese Gleichstellung betrifft sowohl staatliche als auch nichtstaatliche Akteure wie zum Beispiel Nichtregierungsorganisationen (NROs). Deutschlands Ruf als »Freund Russlands« indes ist bislang intakt geblieben.

Das antiwestliche Feindbild ist mit einer Reihe von Botschaften verknüpft, die eng miteinander zusammenhängen und das Selbstverständnis Russlands zum Ausdruck bringen. In der Summe besagen diese Botschaften, dass Russland stark genug ist, um sich gegen Bündnisse von äußeren und inneren Feinden zu wehren. Die isolationistischen und nationalistischen Züge, die sich darin zeigen, spiegeln sich jedoch nur zum Teil in der heutigen russischen Politik wider. Dies deutet darauf hin, dass die von der russischen Führung gepflegten Feindbilder die politische und gesellschaftliche Entwicklung zwar beeinflussen, aber nicht allein bestimmen. Die Stereotypen werden bewusst eingesetzt, um den innen- und außenpolitischen Kurs Russlands zu legitimieren; sie entwickeln jedoch auch eine Eigendynamik, die von oben nicht immer gesteuert werden kann.

Da die antiwestlichen Feindbilder auch ein Beleg sind für den andauernden Prozess der nationalen Identitätsfindung in Russland, werden sie wohl auch unter dem neuen Präsidenten Dmitrij Medwedew in der öffentlichen Debatte präsent bleiben. Letztendlich manifestiert sich in ihnen eine jahrhundertlange innerrussische Auseinandersetzung über die Frage, ob das Land zu Europa, also zum Westen, oder zu Eurasien gehört. Weil die Instrumentalisierung der Feindbilder die isolationistischen Tendenzen in Russland stärkt, ist es für die deutsche und europäische Politik wichtig, russische Akteure in vielen Bereichen intensiver einzubeziehen, um ebendiesen Tendenzen entgegenzuwirken und dadurch langfristig zu einem Abbau der Feindbilder beizutragen. Denn ein isoliertes Russland wäre ein ernsthaftes Sicherheitsrisiko für Europa, mit globalen Implikationen. Dies bedeutet gleichwohl nicht, dass Russlands Verhalten während und nach der Krise im Kaukasus folgenlos akzeptiert werden sollte.

Im Hinblick auf den Einsatz von antiwestlichen Feindbildern von russischer Seite ist deutschen und europäischen Akteuren in ihren Beziehungen zu Russland viererlei zu empfehlen:

1. *An Interessen appellieren*, um den Stellenwert der Feindbilder in der Argumentation zu reduzieren: Das explizite Aufgreifen von »Wertefragen« wie Demokratie und Menschenrechte kann im Dialog mit russischen Gesprächspartnern schnell in eine feindbildgeleitete Kontroverse abgleiten. Das strenge Festhalten an einer Diskussionslinie, die sich auf die Interessen der beiden Parteien konzentriert, wird sich kurz- bis mittelfristig als produktiver erweisen als das direkte Ansprechen von Themen, die die Vorurteile und Ressentiments in den Köpfen der russischen Akteure bestätigen und festigen.

2. *Kontakte mit denjenigen Akteuren in Russland intensivieren, deren Interessen weniger feindbildgeleitet sind* (Wirtschaft; Zivilgesellschaft): Wenn verstärkt Verbindungen zu Kräften gesucht werden, die Feindbilder weniger pflegen, lässt sich die Relevanz der Feindbilder für die Beziehungen zwischen deutschen bzw. europäischen und russischen Akteuren mindern, was dem Verhältnis insgesamt eine positive Wende zu geben vermag.

3. *Durch Visaerleichterungen und Austauschmöglichkeiten zum Abbau von Feindbildern beitragen*, insbesondere bei der jüngeren Generation in Russland. Dabei wäre darauf zu achten, dass vor allem junge Menschen, die die notwendigen finanziellen Mittel selbst nicht aufbringen können, die Möglichkeit zu Besuchen in EU-Europa eröffnet wird. Dies würde dazu beitragen, Feindbilder abzubauen, weil größere Kreise junger Russen und Russinnen ein tieferes Verständnis für und von Europa erwerben würden und die gewonnenen Erfahrungen und Einblicke in ihrer Heimat verbreiten könnten.

4) *Die USA stärker in einen Dialog über und mit Russland einbeziehen*: Eine weitere Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Moskau und Washington würde sich für Deutschland und die EU sowohl auf die transatlantischen Beziehungen als auch auf diejenigen zu Russland ungünstig niederschlagen. Durch eine Intensivierung des europäisch-amerikanischen Dialogs könnten die USA für die Vielschichtigkeit der EU-Russland-Beziehungen sensibilisiert werden. Ein solcher Dialog könnte darüber hinaus den positiven Effekt haben, die russische Seite zu einer allmählichen Überwindung ihrer gegen die USA gerichteten Feindbilder und zu einer nüchterneren Einschätzung der US-amerikanischen Einstellungen zu bewegen.

Der Weg zu dem heutigen Feindbild*

Eine nähere Beschäftigung mit der Literatur über Feindbilder zeigt, dass es keine einheitliche Interpretation des Begriffs »Feindbild« gibt.¹ Einer brauchbaren Definition für die Zwecke dieser Studie kommt folgende Aussage von Änne Ostermann und Hans Nicklas am nächsten: »Im Feindbild sind eine Reihe negativer Vorurteile gebündelt, die gleichsam einem Zwang zur Vereinheitlichung gehorchen und eine differenzierte Beurteilung dessen, der mit dem Etikett Feind oder Freund versehen wird, unmöglich machen.«² Es wird hier zudem von der These ausgegangen, dass Feindbilder nicht »aus dem Nichts« entstehen, das heißt diejenigen Feindbilder, die von der Elite eingesetzt werden und Resonanz bei der Bevölkerung finden, haben gewisse historische und gesellschaftliche Wurzeln. Deswegen wird der Analyse ein kurzer Exkurs in die sowjetische bzw. russische Geschichte vorausgehen.³

Zuvor erscheint es aber sinnvoll, auf einige innen- und außenpolitische Funktionen von Feindbildern einzugehen, die für die weitere Untersuchung wesentlich sind. Es zeigt sich nämlich, dass Feindbilder als Klammer zwischen der Außen- und der Innenpolitik

benutzt werden. Zu den innen- und außenpolitischen Funktionen, die den hier untersuchten Feindbildern zugewiesen werden, gehören:

1. das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Staat zu strukturieren;
2. Bedrohungsgefühle zu steigern durch das Aufzeigen von internen und externen Gefahren;
3. einen Beitrag zu einer Staatsideologie zu leisten;
4. die innenpolitische Linie der Regierung gegenüber der Bevölkerung zu legitimieren;
5. die außenpolitische Linie gegenüber internen wie externen Akteuren zu legitimieren.⁴

In der hier an fünfter Stelle genannten Funktion wird die Rolle von Feindbildern als Bindeglied zwischen Innen- und Außenpolitik am explizitesten, nämlich in den Fällen, wo Feindbilder aufgebaut werden, um für eine bestimmte Außenpolitik Unterstützung im Innern zu mobilisieren. Aber auch die anderen Aufgaben, die Feindbilder erfüllen sollen, dienen der Verknüpfung von Innen- und Außenpolitik, denn in der Regel beziehen sich die Feindbilder auf externe Akteure, werden aber immer intern propagiert.

Der folgende kurze Exkurs in die historische Entwicklung der Feindbilder in Russland wird zeigen, dass bestimmte Wahrnehmungsmuster durch ihre häufige Reproduktion im offiziellen Diskurs in breiten Teilen der russischen Elite wie auch der Bevölkerung stark verankert sind. Man kann also Feindbilder nicht beliebig manipulieren. Es gibt vielmehr einen bestimmten Deutungsrahmen, den die Propagandisten der Feindbilder nicht verlassen dürfen, wenn sie eine ausreichende Kohäsion der Elite selbst sicherstellen und Resonanz bei der Bevölkerung erzielen wollen. Innerhalb dessen aber unterliegen Feindbilder einer gewissen Dynamik, die zum Teil daraus entsteht, dass es zu jedem beliebigen Zeitpunkt Bevölkerungs- bzw. Elitengruppen gibt, die sie nicht mittragen. Solche Gruppen haben das Potential, einen ideologischen

* Ich danke Steffen Angenendt, Günther Maihold, Lilia Shevtsova, Andrei Zagorski und Claudia Zilla für wichtige Impulse in Bezug auf das Konzept dieser Studie.

1 Zu den Schwierigkeiten der Begriffsdefinition siehe Anne Katrin Flohr, *Feindbilder in der internationalen Politik*, Münster/Hamburg: Lit-Verlag, 1991, S. 22–32; Eckhard Jesse, »Funktionen und Strukturen von Feindbildern im politischen Extremismus«, in: Bundesministerium des Innern, *Feindbilder und Radikalisierungsprozesse: Elemente und Instrumente im politischen Extremismus*, Berlin 2006, S. 5–22.

2 Änne Ostermann/Hans Nicklas, *Vorurteile und Feindbilder. Materialien, Argumente und Strategien zum Verständnis der Mechanismen, die Menschen dazu bringen, einander mißzuverstehen und zu hassen*, München/Berlin/Wien 1976, S. 31, zitiert in Susanne Lin, *Der Zusammenhang zwischen Vorurteil und Feindbild*, Tübingen 2002, <www.friedenspaedagogik.de/themen/stereotypen_vorurteile_feindbilder/friedenspaedagogische_vorurteilsforschungsrezeption/der_zusammenhang_zwischen_vorurteil_und_feindbild>.

3 Eine Auseinandersetzung mit der Periode des Zarenreichs muss aus Platzgründen leider ausbleiben, siehe hierzu Iver B. Neumann, *Russia and the Idea of Europe*, London/New York: Routledge, 1996; Nicholas V. Riasanovsky, *Russian Identities: A Historical Survey*, Oxford: Oxford University Press, 2005.

4 Zu den Funktionen von Feindbildern siehe Jesse, »Funktionen und Strukturen von Feindbildern« [wie Fn. 1], und Anne Katrin Flohr, *Feindbilder in der internationalen Politik* [wie Fn. 1], S. 125–136. Die in der vorliegenden Studie aufgelisteten Funktionen wurden zum Teil direkt übernommen, zum Teil abgeleitet von den in der Literatur beschriebenen Funktionen eines Feindbilds.

bzw. außenpolitischen Kurswechsel voranzutreiben, der die existierenden Feindbilder konterkariert. Während es also Grenzen der Wandelbarkeit von Feindbildern gibt, können sich diese innerhalb der gegebenen Grenzen durchaus verändern. Diese Prozesse können sowohl von internen als auch von externen Akteuren beeinflusst werden.

Die Sowjetperiode

Während des Ost-West-Konflikts gab es auf beiden Seiten klare Feindbilder, die sich – wie auch die Beziehungen zwischen den Blöcken – in einem permanenten Prozess des Wandels befanden. Sowohl die UdSSR als auch die USA pflegten Feindbilder, die gegeneinander gerichtet waren. In der Sowjetunion wurden die USA zum Hauptfeind erklärt. Aus Moskauer Sicht führte Washington eine Gruppe von imperialistischen Staaten an, deren letztendliches Ziel es war, die Welt zu erobern und das sozialistische Lager zu zerstören. Im Bürgerkrieg zwischen der Weißen und der Roten Armee, der nach der Oktoberrevolution 1917 entbrannte, unterstellten die Bolschewiken ihren Gegnern, vom Ausland unterstützt zu werden.⁵ So setzte früh die Tradition der Verknüpfung zwischen internen und externen Feinden ein, die auch den heutigen Diskurs deutlich prägt (siehe unten).

Hauptthema der Feindbildagitation unter Stalin war die Botschaft, dass die UdSSR von feindlich eingestellten Staaten eingekreist würde.⁶ Dieses Leitmotiv erinnert an den von der gegenwärtigen russischen Führung an die NATO gerichteten Vorwurf, diese ziele mit ihrer Absicht, die Ukraine und Georgien in das Bündnis aufzunehmen, genau auf eine solche Isolierung Russlands. Die Wahrnehmung, man befinde sich in einem Kampf mit dem Imperialismus, trieb die Sowjetunion in der Zeit des Kalten Kriegs zu militärischen und politischen Aktivitäten in der Dritten Welt. Ein Nachhall dieses Konkurrenzdenkens lässt sich heute in der russischen Perzeption des GUS-Raums feststellen, in dem sich Moskau in einem Wettbewerb mit dem Westen um den größeren Einfluss sieht.⁷

⁵ Robert D. English, *Russia and the Idea of the West: Gorbachev, Intellectuals and the End of the Cold War*, New York 2000, S. 35.

⁶ Ebd., S. 38f.

⁷ Zu diesem Wettbewerb siehe Sabine Fischer, *Die EU und Russland. Konflikte und Potentiale einer schwierigen Partnerschaft*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Dezember 2006 (SWP-Studie S 34/06), S. 7–11.

Mit der auf dem 20. Parteikongress 1956 einsetzenden Distanzierung der KPdSU von Stalin wurde auch die außenpolitische Linie des Stalin-Regimes in Frage gestellt. Eine Reihe von Vertretern der *intelligenzija* vertraten in der Folge offen eine positivere Einstellung zum Westen. Gleichwohl blieben der außenpolitische Kurs der Sowjetunion ideologisch geprägt (wie das Beispiel der Kubakrise zeigt) und die Verfügbarkeit von Informationen über den Westen sehr eingeschränkt, selbst bei hochrangigen Beamten. Als Georgij Arbatov 1967 zum Leiter des neuen USA-Instituts ernannt wurde, war er noch nie in den Vereinigten Staaten gewesen, noch hatte er einen einzigen amerikanischen Bekannten.⁸ Mit der Zeit allerdings entwickelte sich dieses Institut zu einer Lobby für eine auf Entspannung gerichtete Politik gegenüber Amerika.⁹

Unter Breschnew lebte das stalinistische Dogma der »feindlichen Einkreisung« indes wieder auf. Folge dieser Renaissance des alten Feindbilds waren eine erneute Aufrüstungspolitik, eine erhöhte Aktivität in Entwicklungsländern (bis hin zur Invasion in Afghanistan) sowie der Kult um den »Großen Vaterländischen Krieg«, wie der Zweite Weltkrieg in Russland genannt wird. Hedrick Smith, ein kenntnisreicher Beobachter der sowjetischen Ära, bemerkte dazu: »Was den Zweiten Weltkrieg als Propagandawerkzeug so wertvoll macht, ist, dass er sich dafür eignet, den Unterschied zwischen der Hingabe ethnischer Russen an »Mutter Russland« und der Bindung der nationalen Minderheiten an ihre eigenen Regionen zu verwischen. Er erlaubt Propagandisten, diese Völker zusammenzuschmelzen in einer gemeinsamen Loyalität gegenüber der größeren Entität der Sowjetunion.«¹⁰ Dass diesen Bemühungen Grenzen gesetzt waren und die Deutung des Zweiten Weltkriegs unter den ethnischen Gruppen alles andere als einheitlich war, zeigte sich im Frühjahr 2007 auf brisante Weise an der russisch-estnischen Kontroverse über die Verlegung des »bronzenen Soldaten« in Tallinn.¹¹

⁸ English, *Russia and the Idea of the West* [wie Fn. 5], S. 126.

⁹ Morton Schwartz, *Soviet Perceptions of the United States*, Berkeley/Los Angeles/London: University of California Press, 1978, S. 162.

¹⁰ Hedrick Smith, *The Russians*, New York 1976, S. 405.

¹¹ Sowohl die russische politische Führung als auch ethnische Russen in Estland haben heftig gegen die estnische Entscheidung protestiert, das Denkmal, das den Gefallenen im Zweiten Weltkrieg gewidmet ist, aus dem Zentrum Tallinns auf einen Militärfriedhof zu verlegen. Hauptsächlich dieses Ereignis führte dazu, dass Estland mit 60% in den Umfragen als »Feind Russlands« vorläufig an oberster Stelle rangiert. Siehe *Russia and the West*, Bremen/Zürich, 4.9.2007 (Russian

An dieser Stelle gilt es allerdings festzuhalten, dass eine Gegentendenz zur ideologischen Strömung, die unter Stalin ihren Höhepunkt erlebte, immer vorhanden war. Verkörpert wurde diese Gegentendenz auf der einen Seite durch die sogenannten *zapadniki* (»Westler«), die für eine Intensivierung des Verhältnisses zum Westen plädierten, auf der anderen Seite durch die Slawophilen, die mit der internationalistischen Doktrin der Sowjetunion nichts anzufangen wussten und einen russischen Nationalismus vertraten. Während der Einfluss der *zapadniki* vor allem in der *Perestrojka*-Phase sowie zu Beginn der 1990er Jahre stark war, sind es heute die Slawophilen und nationalistischen Tendenzen, die das weiter unten beschriebene offizielle Selbstbild Russlands prägen.

Die Perestrojka-Phase

Die *perestrojka* (Umgestaltung) kam nicht nur für westliche Politiker und langjährige Beobachter des sowjetischen Systems, sondern auch für viele der federführenden Akteure in der UdSSR überraschend. Der neue Kurs, der durch die gleichzeitig eingeleitete Politik der *glasnost* (Offenheit) ergänzt wurde, erforderte nicht nur ein Umdenken in den innen- und außenpolitischen sowie außenwirtschaftlichen Bereichen, sondern auch in der Frage der Feindbilder. Die *Perestrojka* war eine eher nach innen gerichtete Reformstrategie, die aber zwangsläufig außenpolitische Folgen hatte. Diese manifestierten sich insbesondere im Konzept des »neuen Denkens«, das für ein weniger konfrontatives, weniger militärisch ausgerichtetes außenpolitisches Vorgehen stand.¹² Die westlichen Staaten und Institutionen wurden infolgedessen weniger als Teile eines Feindbilds betrachtet, denn sie sollten zu Kooperationspartnern in einem komplexen internationalen Gefüge werden, das man heute mit dem Terminus »multipolar« bezeichnen könnte und dessen höchste Instanz eine reformierte UNO sein sollte. Obwohl die *Perestrojka*-Phase in Russland heute offiziell stark kritisiert wird, hält die Moskauer Außenpolitik am Ziel einer zunehmenden

Multipolarität und am Primat des internationalen Rechts fest.¹³

Sicherlich waren nicht alle maßgeblichen sowjetischen Akteure mit diesem neuen Bild der internationalen Beziehungen einverstanden. Es kam zu erbitterten internen Auseinandersetzungen unter der politischen Elite, zum einen auf ideologischer Ebene und zum anderen aus ganz pragmatischen Gründen, weil sich viele Funktionäre durch die neuen Konzepte bedroht fühlten. Diese Kämpfe fanden ihren Höhepunkt im gescheiterten Putschversuch im August 1991, der nicht nur gegen die Außen-, sondern auch gegen die Innenpolitik Gorbatschows und seiner Anhänger gerichtet war. Wegen der unterschiedlichen ideologischen Einstellungen und Interessenlagen in der Elite konnte das Feindbild »Westen« in der *Perestrojka*-Phase nicht durchgreifend überwunden werden. Vielmehr verdächtigen konservative Politiker wie Wiktor Alksnis oder die Medien durch Fernsehdokumentationen den Westen und vor allem die USA weiterhin, sie würden den Zerfall der Sowjetunion zum Beispiel durch die Unterstützung der Volksbewegungen im Baltikum und in der Ukraine tatkräftig vorantreiben.¹⁴ Dasselbe Argumentationsmuster ist auch heute wieder aktuell, wenn es heißt, dass westliche Akteure auf die Auflösung Russlands hinarbeiteten (siehe unten).

Mit dem neuen Denken der *Perestrojka*-Jahre wurde noch ein anderer Leitgedanke in Frage gestellt: die Überzeugung, dass die Entwicklungsländer unterstützungswürdige Verbündete im Kampf gegen den Imperialismus seien.¹⁵ Zu diesem Sinneswandel trug auch die veränderte wirtschaftliche Lage in der UdSSR bei, die zu einer Konzentration auf die internen Probleme und einer allmählichen Abkehr von der früheren

¹³ Stenogramma vystuplenija i otvetov na voprosy Ministra inostrannyh del Rossii S. V. Lavrova na press-konferentsii, posvjaščennoj vnešnepolitičeskim itogam 2007 goda [Protokoll der Rede des russischen Außenminister S. V. Lavrov und seiner Antworten auf Fragen in der Pressekonferenz, die der außenpolitischen Bilanz des Jahres 2007 gewidmet war], 23.1.2008, <www.mid.ru/brp_4.nsf/2fec282eb6df40e643256999005e6e8c/577ace1725496e78c32573d900616997?OpenDocument>.

¹⁴ Siehe *Soviet Active Measures in the 'Post-Cold War' Era 1988–1991. A Report Prepared at the Request of the United States House of Representatives Committee on Appropriations by the United States Information Agency*, Juni 1992, und hier insbesondere den Abschnitt mit dem Titel »Crude, Anti-American Disinformation«, <http://clark.cam.muskingum.edu/russia_folder/pcw_era/sect_09a.htm>.

¹⁵ Igor Belikov, »Perestroika, the Soviet Union and the Third World«, in: *Review of African Political Economy*, 50 (1991), S. 33–37.

Analytical Digest Nr. 26), S. 6–7; siehe auch Karsten Brüggemann/Andres Kasekamp, »The Politics of History and the 'War of Monuments' in Estonia«, in: *Nationalities Papers* 36 (2008) 3, S. 425–448.

¹² Siehe hierzu Michail Gorbatschow, *Umgestaltung und neues Denken*, Berlin 1988.

großzügigen Förderung anderer sozialistischer Länder führte. Auch zu dieser Frage gab es in der sowjetischen Führung unterschiedliche Einstellungen, aber letztendlich fiel sowohl die ideologische Notwendigkeit dieser Unterstützung als auch deren ökonomische Basis weg. Während der Perestrojka wurde also der Weg geebnet sowohl für ein positiveres Bild des Westens als auch für eine differenziertere Betrachtung der Rolle befreundeter Entwicklungsländer, wenngleich diese ideologischen Modifikationen unter manchen Teilen der Elite wenig Resonanz fanden.

Die 1990er Jahre

In den 1990er Jahren haben sich die russischen Feindbilder vom Westen mehrfach verändert, was sich durch einen Überblick über einige offizielle Dokumente aus der Zeit veranschaulichen lässt.¹⁶ Zu Anfang des Jahrzehnts war die neue russische Führung unter Boris Jelzin dem Westen gegenüber grundsätzlich äußerst positiv eingestellt. Dies zeigte sich zum Beispiel im außenpolitischen Konzept Russlands von 1993, in dem »der Westen« in einem ausschließlich freundlichen Licht erschien und insbesondere die positive Rolle der USA hervorgehoben wurde. Diese neue und ihrerseits einseitige Einschätzung hatte mehrere Gründe. Zu einem Teil klang hier die Außenpolitik der Perestrojka-Phase nach, in der Moskau an einer erfolgreichen Zusammenarbeit mit dem Westen interessiert war, die ja auch tatsächlich zustande kam und im starken Gegensatz zu der Konfrontation des Ost-West-Konflikts stand. Darüber hinaus entsprang sie der Euphorie, die auch im Westen die Umbruchphase nach dem Zerfall der UdSSR begleitete und von der allseitigen Hoffnung getragen war, es sei nun möglich, eine »neue Weltordnung« aufzubauen, die auf Gemeinsamkeit beruhen würde. Drittens sahen viele russische politische Akteure in jenen Jahren den Westen als einen wohlwollenden Partner an, der auf dem Weg zu dieser »neuen Weltordnung« mit Rat und finanzieller Hilfe zur Seite stand.

Doch die Zeit der Euphorie verflog schnell. Im nationalen Sicherheitskonzept von 1997 offenbarte sich bereits die einsetzende Ambivalenz Russlands gegenüber dem Westen. Positive Bezugnahmen auf

Europa und die USA sucht man in diesem Dokument vergebens. Stattdessen wurde der Akzent nun auf die technologische Abhängigkeit Russlands vom Westen und diskriminierende Maßnahmen westlicher Staaten gegen russische Handelsgüter gelegt. Außerdem wurden die Entwicklung der NATO und ihre Pläne zu einer Osterweiterung als gefährliche Bedrohung eingestuft. Das revidierte Sicherheitskonzept zeugte von einer deutlich veränderten Haltung gegenüber dem Westen und einer beginnenden Differenzierung in Bezug auf die westlichen Akteure, die in späteren Phasen noch zunehmen sollte. Diese distanziertere Einstellung Russlands zum Westen spiegelte sich auch in der Außenpolitik Moskaus wider. Allerdings war der Handlungsspielraum des Landes in dieser Phase noch eingeschränkt durch die fortwährende finanzielle Abhängigkeit von westlich dominierten Institutionen. Diese Abhängigkeit von Akteuren, die zunehmend als feindlich gesinnt perzipiert wurden, ist eine der Wurzeln für die spätere rundweg negative Haltung zum Westen und für die in Russland heute vorherrschende Interpretation der 1990er Jahre als einer Periode der »Demütigung« des Landes durch westliche Staaten und Organisationen. Wie schon in der Perestrojka-Phase fand der Versuch, sich von den alten Feindbildern radikal zu lösen, unter großen Teilen der russischen Elite und der Bevölkerung wenig Resonanz. In Anbetracht der anhaltenden Transformationsschwierigkeiten Russlands, die eher eine Renaissance der alten Feindbildmuster begünstigten, musste ein solches Bemühen erfolglos bleiben.

Das überarbeitete außenpolitische Konzept von 2000 schließlich belegte eine weitere Verschiebung in der außenpolitischen Orientierung. Das Dokument empfahl erstens eine stärkere Hinwendung Russlands nach Asien, zweitens wurden die GUS-Länder nun dargestellt als Staaten, die wesentliche gemeinsame Interessen mit Russland hätten, während potentielle Bedrohungen aus diesen Ländern ganz ausgeblendet blieben. Es wurde spürbar, dass Russland sich von westlichen Akteuren zum Teil ausgeschlossen fühlte und deshalb auf intensivere Verbindungen zu anderen Ländern setzte.¹⁷ Der Prozess der Differenzierung zwischen den westlichen Staaten und Institutionen hielt an. Insbesondere die USA und die NATO werden in dem Papier negativ bewertet, die Einschätzung der

¹⁶ Alla Kassianova, »Russland – dem Westen gegenüber immer noch aufgeschlossen«, in: *Osteuropa*, 51 (Oktober 2001), S. 1199–1218. Die folgenden Absätze bauen auf dieser Analyse auf.

¹⁷ Zur Ausgeschlossenheit Russlands und deren Folgen siehe Margot Light/John Löwenhardt/Stephen White, *Russia and the Dual Expansion of Europe*, 2000 (Policy Paper 2/2000 des ESRC-Projekts »One Europe or Several?«), <www.one-europe.ac.uk/pdf/LightP2.PDF> (Zugriff am 27.2.2008).

EU hingegen fällt eher neutral bis positiv aus.¹⁸ Die technologische und finanzielle Abhängigkeit Russlands wird in dem im gleichen Jahr erstellten nationalen Sicherheitskonzept explizit als unerwünscht und potentiell gefährlich dargestellt. Beide Schlüsseldokumente boten somit Ansatzpunkte für ein späteres Wiederaufgreifen der alten sowjetischen Feindbilder, selbst wenn der Grundtenor weiterhin eine (bedingte) Kooperationsbereitschaft erkennen ließ.

Der Rückblick in die Geschichte zeigt, dass das auf den Westen bezogene Feindbild und seine Akzeptanz durch die Elite einem gewissen Wandel unterlegen waren. Dass dieser Wandel in der Umbruchsphase vor und nach dem Zerfall der UdSSR am größten war, ist Ausdruck des Identitätsfindungsprozesses in Russland, der heute noch andauert. Die Transformationsdynamik eröffnete der russischen Elite einerseits Freiräume zur Modifikation der Feindbilder, andererseits – das ist durch den historischen Exkurs deutlich geworden –, waren diesen Modifikationsbemühungen Grenzen gesetzt waren, denn sowohl in der Perestrojka-Phase als auch Anfang der 1990er Jahre scheiterte der Versuch interessierter Kräfte, den Westen von der Rolle des Feindes in die eines Freundes zu katapultieren aus mehreren Gründen, unter anderem weil er beharrlichen Denk- und Wahrnehmungsmustern aus der Sowjetzeit widersprach.

Im Folgenden werden die beiden Amtszeiten von Wladimir Putin aus zwei Blickwinkeln untersucht. Erstens wird anhand einer Analyse von Putins Botschaften an die Föderale Versammlung geprüft, ob und in welchem Maße der offizielle Diskurs einem antiwestlichen Feindbild den Weg geebnet hat. Zweitens wird der Frage nachgegangen, wie andere russische Akteure die offiziellen Parolen aufgreifen und weiterentwickeln, um mit dem Einsatz von Feindbildern eine Reihe von Botschaften in der Öffentlichkeit zu verbreiten, die sich zu einem kohärenten und geschlossenen Weltbild zusammenfügen. Während der Analyse wird auf die oben aufgelisteten Funktionen von Feindbildern zurückgegriffen (siehe S. 7), um die Relevanz dieser Funktionen im russischen Kontext zu erläutern.

¹⁸ Interviews mit Fokusgruppen aus dieser Zeit zeigen, dass die USA und die NATO als weitgehend identisch wahrgenommen werden. Die Kritik am NATO-Einsatz im Kosovo 1999 richtete sich vor allem gegen die USA und viel weniger gegen die europäischen NATO-Mitglieder, vgl. ebd., S. 5.

Die Konstruktion des Feindbilds Westen unter Putin

Der offizielle Diskurs: Eine Grundlage für den Aufbau des Feindbilds

Zu Beginn des Jahres 2000 übernahm Vladimir Putin das Amt des russischen Präsidenten, zunächst, nach dem Rücktritt von Boris Jelzin, kommissarisch und ab Mai als gewählter Amtsinhaber. Wie aus der bisherigen Untersuchung hervorgeht, standen Putin zu diesem Zeitpunkt verschiedene Einstellungen zum Westen zur Auswahl, die in den 1990er Jahren »ausprobiert« worden waren. Allerdings kam für ihn eine uneingeschränkt positive Haltung zum Westen am Anfang seiner Präsidentschaft weniger in Frage, da eine solche Haltung trotz des oben dargestellten Umschwungs mit Jelzin assoziiert worden wäre, der sich zum Zeitpunkt seines Rücktritts sowohl in der Elite als auch in der Bevölkerung weitgehend diskreditiert hatte. Außerdem hatte sich durch den NATO-Angriff 1999 auf Serbien eine antiwestliche Stimmung unter der russischen Elite und in der Bevölkerung breitgemacht. Die jährlichen Reden Putins vor der Föderalen Versammlung (Duma plus Föderationsrat) bereiteten die Grundlage für die Ausbreitung eines antiwestlichen Ressentiments in Russland und die Entwicklung eines »Selbstbilds«, dessen Kern die Unabhängigkeit und autonome Handlungsfähigkeit Russlands ist.¹⁹ Zu Beginn seiner ersten Amtszeit legte Putin den Schwerpunkt dieser Reden auf die innenpolitische Lage. Was die Außenpolitik betraf, so kritisierte er die NATO für ihr Eingreifen im Kosovokrieg, während »Europa« durchaus positiv gesehen wurde. So heißt es in der Rede von 2001: »Der Weg zur Integration mit Europa wird zu einer der Schlüsselwege unserer Außenpolitik.«²⁰ In der zweiten Hälfte seiner ersten Amtszeit setzte Putin den Akzent seiner Ausführungen stärker auf wirtschaftliche Belange. Es sei weiterhin wichtig, dass sich Russland in die Weltwirtschaft integriere, deswegen müsse sich das Land anstrengen, um in der

globalen Marktkonkurrenz bestehen zu können. Die GUS-Länder genießen nach seinen Worten weiterhin Priorität in der Außenpolitik, allerdings wird deutlich, dass sie zunehmend als Instrument betrachtet werden, um die russische Integration in die Weltwirtschaft zu erleichtern.

Erst während Putins zweiter Amtszeit kommt ein Diskurs auf, von dem eine direkte Linie zu jenem Feindbild vom Westen führt, das heute in Russland verankert ist. In der Rede von 2004 kritisiert der Präsident den Westen in zwei Bereichen. Erstens werden diejenigen getadelt, die Russlands Fortschritte im Bereich der Demokratisierung nicht zur Kenntnis nehmen. Zweitens werden russische zivilgesellschaftliche Einrichtungen, die von ausländischen Organisationen unterstützt werden, für ihre Unfähigkeit attackiert, sich mit den »wirklichen Interessen« der russischen Bevölkerung zu beschäftigen. Stattdessen würden sie ihren ausländischen Geldgebern dienen. Der Diskurs gegenüber dem Ausland ändert sich also nach der Wiederwahl Putins erheblich. Putin zufolge nimmt das Ausland Russland jedoch auch anders wahr: Dass Russland nun »ein politisch und wirtschaftlich stabiles Land, ein unabhängiges Land« geworden sei, gefalle »bei weitem nicht allen in der Welt«.

Und doch werden im außenpolitischen Teil der Rede die Beziehungen zu wichtigen Staaten eher differenzierter als zuvor betrachtet. In der EU-Osterweiterung sieht Putin sogar positives Potential: »Es ist notwendig, dass die Erweiterung der Europäischen Union uns nicht nur geografisch, sondern auch wirtschaftlich und geistig einander annähert.«²¹ Deutlicher als in früheren Jahren bekennt sich der Präsident zum Prinzip der kollektiven Sicherheit »mit Hilfe der Instrumente der UNO und des internationalen Rechts«, wohl vor allem auch, weil darin eine Gewähr gegen eine unipolare, durch die USA dominierte Welt gesehen wird.²² Zwar sind solche Positionen noch schwach artikuliert, doch bilden sie gleichwohl in zweierlei Hinsicht bereits eine Grundlage für den Aufbau eines antiwestlichen Feindbilds. Erstens zeigen sich hier Ansätze für eine im Folgenden immer stärker

¹⁹ Die jährlichen Botschaften Putins an die Föderale Versammlung sind auf Russisch und Englisch zu finden unter <www.kremlin.ru/sdocs/appears.shtml?styp=63372> bzw. <www.kremlin.ru/eng/sdocs/speeches.shtml?date_to=2008/05/06&styp=70029>.

²⁰ <http://kremlin.ru/appears/2001/04/03/0000_type63372_type63374type82634_28514.shtml>.

²¹ <www.kremlin.ru/text/appears/2004/05/71501.shtml>.

²² <www.kremlin.ru/text/appears/2004/05/71501.shtml>.

werdende Ablehnung von Staaten bzw. Institutionen, die über Russlands autoritäre Tendenzen klagen. Zweitens finden sich in den Reden jener Jahre die Anfänge einer Kritik an der ausländischen Unterstützung der russischen Zivilgesellschaft. In der darauffolgenden Zeit werden sich diese Vorwürfe mehr und mehr gegen bestimmte interne Organisationen richten und zu einer Kampagne verdichten, die im Dumawahlkampf 2007 ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte (siehe unten).

Von den oben genannten Funktionen von Feindbildern manifestieren sich in den bis einschließlich 2004 gehaltenen Reden Putins insbesondere zwei, wenngleich in einer noch milden Form. Durch die Betonung des Rechts Russlands, über seine innere Entwicklung selbst zu entscheiden, wird ein Beitrag zur Entstehung einer neuen Staatsideologie geleistet, bei der ein Schwerpunkt auf der Souveränität liegt. Außerdem werden Bedrohungsgefühle gesteigert, indem auf interne und externe Akteure hingewiesen wird, die angeblich gegen Russland agieren.

In seiner Rede an die Föderale Versammlung von 2005 greift der Präsident das Konzept der »souveränen Demokratie«²³ auf, ohne allerdings exakt diese Formel zu benutzen. Er unterstreicht die Notwendigkeit, dass Russland seinen eigenen politischen Weg geht und wirft einen Blick zurück in die Geschichte, auf den Zweiten Weltkrieg und die von Russland gebrachten Opfer, um zu zeigen, dass das russische Volk schon damals seine Unabhängigkeit verteidigt hat. Auch in diesem Memorieren historischer Ereignisse lassen sich im Nachhinein die Anfänge einer in der Folgezeit noch sehr viel umfänglicheren Instrumentalisierung der Geschichte zur Konstruktion eines Feindbilds sehen.

In der zweiten Hälfte von Putins zweiter Amtszeit ergibt sich ein gemischtes Bild. Die Rede von 2006 dokumentiert, dass die russische Führung in der Außenpolitik inzwischen einer klaren Hierarchie folgt. An erster Stelle stehen die GUS-Länder, dann wird die EU genannt, und erst danach kommen die

USA in einem Atemzug mit China, Indien und anderen Staaten. Während die Beziehung zur EU positiv dargestellt wird und die zu den USA neutral, finden sich bei der Bedrohungsanalyse auch Aussagen, denen zufolge bestimmte (nicht näher spezifizierte) Akteure, die die konfrontative Blockmentalität noch nicht hätten ablegen können, froh über ein Scheitern Russlands wären. Niemand wird konkret angesprochen, und doch wird eine Agitation betrieben gegen Kräfte, die Russland gegenüber feindlich gesinnt seien.

In der Rede von 2007 wird diese Rhetorik noch verstärkt. Hier lohnt es sich, einen längeren Abschnitt zu zitieren:

»Ich sage es direkt: nicht allen gefällt die stabile allmähliche Entwicklung unseres Landes. Es gibt auch die, die – eine pseudodemokratische Phraseologie geschickt nutzend – die nähere Vergangenheit gern zurückbringen würden: manche, um wie früher ungestraft unseren gesamt nationalen Reichtum plündern zu können, um Menschen und den Staat bestehlen zu können, andere, um unser Land seiner wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit zu rauben.

Der Geldfluss aus dem Ausland, der für eine direkte Einmischung in unsere internen Angelegenheiten benutzt wird, wächst auch. Wenn wir schauen, was in vorigen, lange zurückliegenden Zeiten passierte, so werden wir sehen, dass man auch in der Epoche des Kolonialismus von der sogenannten zivilisierenden Rolle der kolonialisierenden Staaten sprach. Heute wappnet man sich mit demokratisierenden [im Original: *demokratisatorskie*] Losungen. Aber das Ziel ist das gleiche – einseitige Vorteile und eigene Privilegien zu bekommen, die eigenen Interessen wahren.«²⁴

In diesen Zeilen kondensiert sich das im Entstehen begriffene Feindbild in selten expliziter Form. Erstens wird durch die Hinweise auf »pseudodemokratische« oder »demokratisierende« Losungen klar, 1. dass es sich bei den Urhebern um westliche Staaten handelt und 2. dass ihre Definition von Demokratie abgelehnt wird. Zweitens, so wird hier suggeriert, verfolgen die externen Kritiker eigene Ziele und legen es darauf an, Russland zu schwächen. Den ausländischen Akteuren gehe es also gar nicht um Demokratie, sondern nur um die russischen Ressourcen. Russland darf – das ist die Konsequenz – die Demokratiekritik deshalb gestrost ignorieren, denn sie fußt auf einer falschen

²³ Das Konzept der »souveränen Demokratie« basiert auf dem Kerngedanken, dass Russland seinen eigenen Demokratisierungsweg verfolgt. Der Begriff der »Souveränität«, verstanden als die Möglichkeit, von anderen Staaten unabhängig handeln zu können, spielt darin eine Schlüsselrolle. Dmitrij Trenin sieht in dem Begriff auch ein Signal an den Westen: »Wir sind nicht niedriger als ihr und nicht schlechter als ihr«, siehe *Prinuzdenie k partnerstvu* [Zwang zur Partnerschaft (=mit Russland)], Moskau: Carnegie Endowment for International Peace, Carnegie Moscow Center, Januar 2008 (Briefing 10/1), S. 2.

²⁴ <www.kremlin.ru/text/appears/2007/04/125339.shtml> (Zugriff am 27.2.2008).

Demokratiedefinition und ist nur ein Vorwand für andere, russlandfeindliche Bestrebungen.

Gleichzeitig finden sich in der Rede von 2007 eine Reihe von Appellen an Russlands Autarkie (*samodostatočnost'*), auch in Bezug auf geistige Werte. So spricht Putin von der Notwendigkeit, dass die russische Gesellschaft ein »gemeinsames System moralischer Orientierungspunkte« besitze. Dazu zählten unter anderem die folgenden: »Achtung der Muttersprache, Achtung der einzigartigen (*samobytnoi*) Kultur und der einzigartigen kulturellen Werte, Achtung des Gedenkens an die eigenen Vorfahren, Achtung vor jeder Seite der Geschichte unseres Vaterlands.«²⁵ Später heißt es, dass »die Abwesenheit einer eigenen kulturellen Orientierung, die blinde Verfolgung ausländischer Muster (*shtampam*) unweigerlich zum Verlust des Gesichts der Nation führt.«²⁶ Deswegen fordert der Präsident in Bezug auf Russland: »Wir [...] müssen und werden uns auf grundlegende moralische Werte stützen, die vom Volk Russlands in seiner mehr als tausendjährigen Geschichte herausgebildet wurden.«²⁷

In der Summe ist in diesen Reden schon der Keim für die Entstehung eines Selbstbilds Russlands vorhanden, das nicht nur die materiellen, sondern auch die geistigen Ressourcen besitzt, um seine innen- und außenpolitischen Ziele zu bestimmen und zu verfolgen. Die angeführten Zitate stehen überdies in einem engen argumentativen Zusammenhang mit dem oben referierten Diskurs über ausländische Akteure, indem sie eine Alternative zur blinden Übernahme fremder, speziell westlicher Modelle anbieten. Wenn Russland sich bei politischen und gesellschaftlichen Richtungsentscheidungen auf seine eigenen Werte besinnt, so die Logik, wird es den für sich richtigen Weg erkennen und die feindlichen Absichten vereiteln können. Der Aufbau des positiven russischen Selbstbilds geht daher mit dem Aufbau des antiwestlichen Feindbilds Hand in Hand. Allerdings deutet die positive Darstellung des Verhältnisses zur EU darauf hin, dass sich dieses Feindbild hauptsächlich auf die USA bezieht. Dies ist vermutlich, wie schon dargelegt, mit der Vielgestaltigkeit der Beziehungen der EU-Mitgliedsstaaten zu Russland zu erklären sowie mit der exponierten Rolle der USA in der NATO und in den Transformationsprozessen der

1990er Jahre. Historische Wahrnehmungsmuster sind ebenfalls dafür verantwortlich.

In der Rhetorik, deren sich Putin in den Reden vor der Föderalen Versammlung bedient, werden im Laufe der Jahre einige der oben erwähnten Funktionen von Feindbildern erkennbar. Die zunehmend negative Darstellung des Westens dient – selbst wenn oder gerade weil keine Akteure explizit genannt werden – dazu, Bedrohungsgefühle zu steigern und die Adressaten gleichzeitig für die Idee eines mächtigen Staates als Beschützer der russischen Gesellschaft gegen äußere wie innere Gefahren zu gewinnen. Die Bedeutung des Feindbilds im Putin-Diskurs nimmt im Zuge seiner Amtszeit kontinuierlich zu. Das Bild wird innenpolitisch gezielt eingesetzt, um sowohl die russische Elite als auch die Bevölkerung von der Richtigkeit der politischen Linie zu überzeugen.

Der kurze Überblick über die Sowjetphase und über die Entwicklung der 1990er Jahre hat gezeigt, dass die sowjetische bzw. russische Führung für den Umgang mit dem Westen im Laufe der letzten Jahrzehnte verschiedene Muster ausprobiert hat. Der von Putin letztendlich gewählte Weg hatte zur Folge, dass die anfängliche Politik der Kooperation mit dem Westen nach und nach einer konfrontativeren Art der Interaktion gewichen ist, die von der Entwicklung eines immer geschlosseneren antiwestlichen Feindbilds begleitet war.²⁸ Putin vermeidet es oft bewusst, den Gegenstand dieses Feindbilds zu präzisieren. Beim näheren Hinsehen sind es allerdings insbesondere US-amerikanische Akteure, die direkt oder indirekt angesprochen werden. Europäische Akteure geraten vor allem dann ins Visier, wenn sie sich mit Demokratieförderung beschäftigen oder die russische Geschichtsschreibung in Frage stellen.

Im Folgenden wird untersucht, wie das auf den Westen bezogene Feindbild innerhalb Russlands vermittelt wird. Es wird sich herausstellen, dass manche Motive des Putinschen Diskurses durch halboffizielle und gesellschaftliche Akteure aufgegriffen und zugespitzt werden und auf diese Weise dazu beitragen wird, das Feindbild in der russischen Bevölkerung zu verankern.

²⁵ Ebd.

²⁶ Ebd.

²⁷ Ebd.

²⁸ Hier muss allerdings eingeräumt werden, dass die Handlungen westlicher Akteure maßgeblich zu diesem Richtungswechsel Putins beigetragen haben.

Die gesellschaftliche Verankerung des Feindbilds Westen

Die konkreten Manifestationen des antiwestlichen Feindbilds können in verschiedene Kategorien eingeordnet werden, je nach dem, welche Botschaft sie vermitteln. Für unsere Zwecke können vier Botschaften unterschieden werden. Die erste betrifft die Haltung des Westens gegenüber Russland und lautet: Der Westen wünscht sich ein schwaches Russland, um billig und ohne Probleme an dessen Ressourcen heranzukommen. Die zweite Botschaft bezieht sich auf angebliche Versuche westlicher Einmischung in russische Angelegenheiten und besagt: Die Unterstützung des Westens für zivilgesellschaftliche Kräfte in den GUS-Staaten hat das Ziel, dort »farbige Revolutionen« auszulösen, die Russland schaden sollen. Die dritte Botschaft rekurriert eher indirekt auf ein Feindbild. Sie vermittelt in erster Linie das positive Selbstbild, dass Russland stark ist und sich gegen Angriffe von externen wie internen Feinden zu wehren weiß, wenn es sich auf seine stolze Geschichte besinnt. Die vierte Botschaft richtet sich gegen interne Feinde wie NROs (Nichtregierungsorganisationen) oder Oppositionsparteien. Sie enthält die Behauptung, dass es im Innern Kräfte gibt, die sich mit externen Akteuren verbünden, um eigene Ziele zu erreichen, und dabei gegen Russlands Interessen agieren. Im Folgenden werden Beispiele für die Vermittlung jeder der vier Botschaften beschrieben, um anschließend zu zeigen, wie sich diese zu einem geschlossenen Weltbild zusammenfügen.

Erste Botschaft: Neid auf russische Ressourcen

Ein zentrales Element dieser Botschaft ist der Diskurs um einen Satz, den die ehemalige Außenministerin der USA, Madeleine Albright, angeblich gesagt haben soll. Albright wird die Bemerkung zugeschrieben, sie finde es ungerecht, dass Russland allein die Kontrolle über die enormen natürlichen Ressourcen Sibiriens besitzt. Die frühere US-Außenministerin hat, als sich die Debatte in Russland über dieses vermeintliche Statement zuspitzte, in einem Interview kategorisch dementiert, etwas Derartiges geäußert zu haben: »Ich habe diese Aussage nie gemacht, noch habe ich sie jemals gedacht.«²⁹ Gerade weil die ganze Aufregung

um ein Zitat kreiste, das erfunden war, ist es von Interesse, der Frage nachzugehen, wie der Satz Eingang in die öffentliche Diskussion gefunden hat, denn daraus lassen sich verallgemeinerbare Schlüsse ziehen, wie Feindbilder aufgebaut und gepflegt werden.³⁰

Laut Alexej Sidorenko, Koordinator des Programms für Gesellschaft und Regionen am Carnegie-Zentrum in Moskau, ist die angebliche Äußerung Albrights seit 2005 mehrmals in russischsprachigen Internetquellen aufgetaucht, ein englischsprachiges Äquivalent jedoch habe man nie finden können.³¹ Im selben Jahr wurde die vermeintliche Aussage von anderen Medien aufgegriffen. Alexej Puschkow, ein populärer Fernsehmoderator und Professor am Moskauer Staatlichen Institut für Internationale Beziehungen (MGIMO), zitierte die Bemerkung in dem politischen Fernsehmagazin *Post-Scriptum*. Doch weder Puschkow noch die Redakteurin der Sendung, Oksana Janowskaja, konnten später Auskunft darüber geben, woher der Anspruch stammte. Janowskaja behauptete lediglich, dass das Zitat zu jenem Zeitpunkt schon im Umlauf gewesen sei.³²

Ende 2006 erschien ein Interview mit Generalmajor Boris Ratnikov in der regierungsnahen *Rossijskaja Gaset*a unter dem Titel »Der Geheimdienst hat die Gedanken von Madeleine Albright gelesen«. Ratnikov behauptete, dass es 1999 einen Versuch in seiner Abteilung gegeben habe, die Gedanken von Madeleine Albright zu lesen. Das Experiment habe ergeben, dass Albright Slawen hasse und darüber empört sei, dass Russland die größten natürlichen Ressourcen der Welt besitzt.³³

³⁰ Die Analyse konzentriert sich hier zwar auf das fingierte Albright-Zitat, doch das Thema des angeblichen ausländischen Anspruchs auf russische Ressourcen findet sich auch in zahlreichen anderen Kontexten, ohne dass dabei immer auf die frühere US-Außenministerin rekurriert würde. Deswegen kann die Beschäftigung mit der erfundenen Aussage als repräsentativ gelten für einen breiteren Diskurs, dessen Hauptmerkmal eine Verknüpfung zwischen ausländischen Akteuren und deren unterstellten Begehrlichkeiten im Hinblick auf die natürlichen Ressourcen Russlands ist.

³¹ Dazu Sidorenko weiter: »Die ganze politische Strategie des Kremls basiert zurzeit auf bewusst geschaffenen Mythen, und sie beginnen, die Tagesordnung zu dominieren«, zitiert in Smolchenko, »Putting Words in Albright's Mouth« [wie Fn. 29].

³² Ebd.

³³ Sergei Ptičkin, »Čekisty skanirovali mysli Madlen Olbreit« [Die Tschechen haben die Gedanken von Madeleine Albright gescannt], in: *Rossijskaja Gaset*a, 22.12.2006; siehe auch: Yulia Latynina, »Reading the Enemy's Mind« in: *The Moscow Times*, 24.10.2007, <www.themoscowtimes.com/stories/2007/10/24/006.html> (Zugriff am 27.2.2008).

²⁹ Anna Smolchenko, »Putting Words in Albright's Mouth«, in: *The Moscow Times*, 7.11.2007, zitiert in Johnson's Russia List, <www.cdi.org/russia/johnson/2007-231-1.cfm>.

Ein Jahr später geisterte das erfundene Statement noch immer durch die russischen Medien: In einem Artikel in der *Nesavisimaja Gaseta* wurde ein »unabhängiger Beobachter« aus Serbien, Dragan Radenović, folgendermaßen zitiert: »Vor zwei Jahren war ich bei der Präsentation eines Buches von Madeleine Albright. Sie sagte offen, dass Russland kein Recht auf so viel Territorium hat, und schlug vor, dass die Welt es in sechs Teile aufteilt. Ich zweifle sogar nicht daran, dass die [Wahl]Beobachter der Europäischen Union deshalb nicht [nach Russland] gefahren sind, weil die USA, die in einer korrekteren Form ihre Hoffnung auf eine Aufteilung der ölproduzierenden Territorien Russlands nicht aufgegeben haben, darauf insistiert haben.«³⁴ Auf eine argumentativ kaum durchschaubare Weise wird das angebliche Albright-Zitat hier mit dem Thema Wahlbeobachtung in Verbindung gebracht, auf das die russische Führung sehr empfindlich reagiert. Dadurch wird suggeriert, dass die US-Regierung die Albright unterstellten Ideen weiterhin vertritt. Der Autor des Artikels resümiert: »Dies alles zwingt einen zu der Annahme, dass der Skandal, der von den OSZE-Beobachtern um die Duma-Wahlen aufgeblasen wurde, den Charakter einer antirussischen PR-Kampagne hat.«³⁵ In dem Artikel werden die europäischen und amerikanischen Vorgehensweisen vermischt, wobei unausgesprochen davon ausgegangen wird, dass die Europäer nach der amerikanischen Pfeife tanzen.

Im Oktober 2007 tauchte das Albright-Zitat erneut in der öffentlichen Debatte auf. Bei einer telefonischen Bürgeraudienz des Präsidenten bezog sich ein Anrufer aus Nowosibirsk auf das Phantomzitat und fragte Putin, was er von einer solchen Einstellung denn halte. Putin behauptete, mit der Aussage nicht vertraut zu sein. Er nutzte aber die Gelegenheit, um die USA für ihr Vorgehen im Irak zu kritisieren und zu unterstellen, dass ihre Hauptmotivation in den irakischen Ölreserven liege. Dies kann als Indiz dafür gewertet werden, dass die russische Führung den Ressourcenneid als vor allem von den USA ausgehend sieht. Der Anrufer, Alexander Sibert, konnte hinterher nicht sagen, wo er das Albright-Zitat gehört hatte.³⁶ Kurz darauf, am Nationalen Einheitstag (4. November), war es der Naschi-Aktivist Robert Schlegel, der die These vom Griff des Westens nach den reichen Boden-

schätzen Russlands auf einer Veranstaltung am Roten Platz wieder aufgriff. Auf Nachfrage antwortete Schlegel, dass Albright die mittlerweile berühmte Äußerung in einem Interview in der Fernsehsendung *Post-Scriptum* gemacht habe.³⁷

Anhand der Geschichte des erfundenen Albright-Zitats lassen sich einige Aspekte der Einführung von Feindbildern in den öffentlichen Diskurs Russlands aufzeigen. Erstens werden verschiedene Medien eingesetzt, um eine Aussage zu verbreiten, ihr Glaubwürdigkeit zu verleihen und sie schließlich auf die Ebene einer nationalen Debatte zu heben. Eine mehr oder weniger anonyme Internetmeldung wird rezipiert, wiederholt, und dann in den nationalen Print-, Hör- und visuellen Medien als Fakt präsentiert. Dieser Verlauf deutet auf eine bewusste Strategie der russischen Führung hin, die entweder aus instrumentellen oder aus Überzeugungsgründen von halboffiziellen und gesellschaftlichen Akteuren aufgenommen und weiterentwickelt wird. Die Wiederholung der Aussage und ihre Kommentierung in zunehmend bedeutenderen Medien verleihen dem konstruierten Diktum Glaubwürdigkeit und sichern ihm Resonanz bei einem großen Teil der Bevölkerung. Zweitens macht ein Zitat das Feindbild anschaulicher. Dass es Madeleine Albright angedichtet wird, verdeutlicht, dass sich das Feindbild hauptsächlich auf den Westen und, genauer, auf die USA bezieht. Gleichwohl ist man, um die Botschaft Ressourcenneid zu vermitteln, vorsichtig genug, die Worte keinem gegenwärtigen, sondern nur einem ehemaligen Vertreter der US-Regierung in den Mund zu legen. Drittens ist es durchaus beabsichtigt, dass das mit dem fiktiven Statement aufgebaute Feindbild immer weitere Kreise zieht und »einfache Bürger« zu ressentimenthaften Affekten anstachelt, die sich die Politik selbst nicht leisten kann.

Das Beispiel des erfundenen Albright-Ausspruchs zeigt, wie die russischen Medien die in den Reden vor der Föderalen Versammlung noch vagen und recht undramatischen Auslassungen Putins, die oben analysiert wurden, konkretisieren und mit Leben füllen und wie sie den bei Putin noch anonymen Akteuren ein Gesicht geben. Die indifferenten und eher zurückhaltenden offiziellen Kommentare zu dem Zitat und die ungezähmten Statements, die in der angeblich unabhängig davon entstandenen öffentlichen Debatte fallen, müssen im Zusammenspiel miteinander gesehen werden. Beide Seiten, die Politik auf der einen und die Gesellschaft und die Medien auf der anderen,

³⁴ Boris Fadeev, »Shirma dlja nabliudatelei OBSE« [Eine Abschwärzung für die OSZE-Beobachter], in: *Nezavisimaja Gaseta*, 20.12.2007.

³⁵ Ebd.

³⁶ Smolchenko, »Putting Words in Albright's Mouth« [wie Fn. 29].

³⁷ Ebd.

arbeiten an der Verankerung eines Vorurteils, das mit der Zeit immer selbstverständlicher zur propagierten Weltanschauung in Russland gehört und Spill-over-Effekte auf die Diskussion im Ausland haben kann.

Diese erste Botschaft, der Westen greife nach den Ressourcen Russlands, liefert eine Legitimationsgrundlage für eine Außenpolitik, die von einer großen Skepsis gegenüber westlichen Akteuren und deren Absichten gegenüber Russland geprägt ist. Der Legitimationsversuch richtet sich an ein innenpolitisches Publikum, das von der Relevanz externer Bedrohungen für Russland überzeugt werden soll.

Zweite Botschaft: Eine »farbige Revolution« droht

Ein zweites Stereotyp des antiwestlichen Feindbilds ist die Behauptung, die USA und die EU förderten in den GUS-Staaten den Regimewechsel. Die Argumentation erfolgt dabei in zwei Schritten. Erstens geht es darum, zu zeigen, dass der Westen einen wesentlichen Beitrag zur Entstehung der sogenannten »Farbrevolutionen« in Serbien, Georgien und der Ukraine geleistet hat, die als gegen Russlands Interessen gerichtet wahrgenommen werden. Zweitens wird unterstellt, dass westliche Akteure ein ähnliches Szenario in Russland heraufbeschwören wollen. Diese Botschaft ist eng mit der ersten zur Haltung des Westens gegenüber Russland verknüpft, weil beide von einem westlichen Interesse an der Schwächung des bestehenden russischen Regimes ausgehen.

Als Beispiel zur Veranschaulichung, wie diese Botschaft vermittelt wird, kann der Dokumentarfilm *barkhat.ru* dienen. »Barkhat« ist das russische Wort für »Samt«; schon der als Internetadresse stilisierte Filmtitel suggeriert also, es gebe einen internationalen Masterplan, um die Regime in den Staaten in Russlands Nachbarschaft mit Hilfe von »samtenen Revolutionen« zugunsten von Regierungen zu stürzen, die westlichen Interessen dienstbar sind. Der von dem populären Reporter Arkadij Mamontow gedrehte Film wurde im staatlichen Kanal *Rossija* am 30. September 2007 erstmals gezeigt und am 25. November wiederholt. Die 30-minütige Produktion versucht zu zeigen, wie die CIA und das US State Department die »farbigen Revolutionen« organisierten. Ziel der Drahtzieher sei es gewesen, dank der neuen Kräfteverhältnisse in den Nachbarstaaten an Russland selber näher heranzurücken und in diesem »riesigen, schönen, großzügigen Land, wo es viele Reichtümer gibt«, eine vergleichbare

Entwicklung anzustoßen.³⁸ Hier zeigen sich deutliche Parallelen zu dem zuvor beschriebenen Stereotyp, wonach der Westen darauf aus ist, sich die Ressourcen Russlands anzueignen. Ähnlich wie bei Putins Antwort auf die Frage zu Madeleine Albright in seiner Telefonkonferenz, wird auch in *barkhat.ru* vermittelt, dass die USA den Irak-Krieg des Öls wegen begonnen und jetzt Russlands Reichtum ins Visier genommen hätten. Durch die Wiederholung prägen sich diese Botschaften bei der Bevölkerung stärker ein. Auch werden die verschiedenen Stereotypen des antiwestlichen Feindbilds auf diese Weise miteinander verflochten und fügen sich zu einem Gesamtbild.

Die Reportage *barkhat.ru* ist aber nur der vorläufige Höhepunkt eines Diskurses, der sich schon seit Jahren in Russland etabliert hat und auf der Hypothese gründet, dass die US-Regierung und andere westliche Akteure die bisherigen »farbigen Revolutionen« zumindest unterstützt, wenn nicht gar initiiert haben. Nach geläufiger Interpretation verfolgt der Westen damit das Ziel, das russische Regime zu destabilisieren, und zwar sowohl durch Instrumentalisierung der neuen, für prowestlich gehaltenen Regierungen in den Ländern, wo solche Revolutionen stattgefunden haben, als auch über die Bemühungen, ein ähnliches Szenario in Russland auszulösen.³⁹ Dies fügt sich in die von vielen Russen geteilte Wahrnehmung ein, wonach der Westen im sicherheitspolitischen Sinne immer näher an Russland heranrückt, in erster Linie natürlich vor allem durch die NATO-Osterweiterung. Umfragen in Russland zeigen, dass insbesondere die NATO mit negativen Gefühlen assoziiert wird. Im März 2007 konnten weniger als 20 Prozent der befragten Russen der Allianz etwas Positives abgewinnen, etwa 57 Prozent betrachteten sie negativ.⁴⁰

Der Glaube, westliche Staaten hätten eine führende Rolle bei den »farbigen Revolutionen« gespielt, und die damit verbundenen Bedrohungsgefühle haben Konsequenzen sowohl für externe Akteure als auch für bestimmte Kräfte in Russland selbst. Die Regierung in

38 Arina Borodina, »Otdel'nye neuviazochki« [Sporadische Ungereimtheiten], in: *Kommersant Vlast'* 47(751) (3.12.2007), <www.kommersant.ru/doc.aspx?DocsID=831361&print=true>.

39 Vgl. Thomas Ambrosio, »Insulating Russia from a Colour Revolution: How the Kremlin Resists Regional Democratic Trends«, *Democratization* 14 (2007) 2, S. 232–252.

40 Siehe die Tabellen und Grafiken im Abschnitt »Friends and Enemies, International Relations: Opinion Surveys«, in: *Russia and the West* [wie Fn. 11], S. 9; und auch Hannes Adomeit/Frank Kupferschmidt, *Russland und die NATO. Krise verwalten oder Potentiale entwickeln?*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, März 2008 (SWP-Studie S 10/08).

Moskau konzentriert sich seither zunehmend mit repressiven Maßnahmen auf den Bereich der Zivilgesellschaft und ihrer externen Förderer, da es zivilgesellschaftliche Organisationen waren, die in Serbien, Georgien und der Ukraine die treibenden Kräfte bei den »Revolutionen« gewesen sind. Ausländische Unterstützer der russischen Zivilgesellschaft wurden verbal angegriffen, ihr Handlungsspielraum eingeschränkt. Das Gleiche geschah mit NROs im Inland, die sich westlicher Beratung und Förderung erfreut hatten.

Die Bedenken der russischen Führung traten ungefiltert in einem von Duma und Föderationsrat verabschiedeten Gesetz zutage, das die Sphäre der Nichtregierungsorganisationen neu regelte.⁴¹ Das Gesetz zwang alle NROs, sich neu zu registrieren und verschärfte die Restriktionen in Bezug auf die Arbeit ausländischer NROs bzw. die ausländische Finanzierung einheimischer NROs. Bei der Registrierung muss jede NRO etwa 100 Seiten Dokumentation einreichen, mit detaillierten Informationen zu jedem Mitglied. Jeder Fehler kann als Grund dienen, der Organisation die Registrierung zu verweigern.⁴² Nationale Filialen von weltweit operierenden NROs wie Greenpeace oder Amnesty International wurden verboten. Sie mussten sich als ausschließlich russische Organisationen neu registrieren lassen. Ausländer ohne langfristige Aufenthaltsberechtigung für Russland dürfen weder Gründer noch Mitglied von russischen NROs werden. Schließlich haben russische Behörden die Befugnis, von NROs zu jeder Zeit jedwede Rechenschaft zu verlangen, zum Beispiel den Nachweis, dass sie nur ihren vorgegebenen Zielen nachgehen.⁴³ Viele Organisationen fürchteten deshalb, in einer Flut bürokratischer Anforderungen zu ertrinken.⁴⁴

Laut Putin ist die Reform, die das NRO-Gesetz von 1996 revidiert, »auf eine Verhinderung der Einmischung ausländischer Staaten in das politische Leben Russlands und auf die Schaffung günstiger und transparenter Bedingungen für die Finanzierung von

Nichtregierungsorganisationen gerichtet.«⁴⁵ Amnesty International meint hingegen: »Die Erfahrung bis dato ist, dass das Gesetz übermäßig belastend ist, weil Ressourcen von inhaltlichen Programmen dadurch abgezweigt werden, dass ein regulatorischer Rahmen benutzt wird, der willkürlich angewandt werden kann. [Das Gesetz] hat [außerdem] Schlüsselklauseln, die eine präzise rechtliche Definition entbehren, und droht Sanktionen an, die unverhältnismäßig sind.«⁴⁶

Das NRO-Gesetz zeigt, dass das hier untersuchte Feindbild nicht nur auf der Diskursebene existiert, sondern auch konkrete politische Entscheidungen evoziert. Im Grunde wird mit dem NRO-Gesetz nur jener Schritt vollzogen, für den der Dokumentarfilm *barkhat.ru* implizit plädiert: Da ausländische Akteure durch ihre Förderung zivilgesellschaftlicher Organisationen in Russland und anderen GUS-Ländern eine Bedrohung für Russlands Souveränität darstellen, muss diese Förderung unterbunden bzw. der staatlichen Kontrolle unterworfen werden.

Noch ein anderes Beispiel belegt, wie ausländische Unterstützung für russische NROs zu einer Gefahr für die Sicherheit Russland stilisiert wird. Am 22. Januar 2006 berichtete der russische Geheimdienst (FSB), er habe vier britische Diplomaten als Spione entlarvt. Sie hätten High-Tech-Instrumente benutzt, um mit russischen Mitverschwörern geheimdienstliche Informationen auszutauschen. Die zentrale elektronische Apparatur sei in einem Stein auf einem Moskauer Platz verborgen gewesen. Über das Gerät hätten die Beteiligten mit Hilfe von PDAs Informationen senden oder empfangen können. Diese angeblichen Spionagetätigkeiten wurden mit der britischen Finanzierung russischer NROs in Verbindung gebracht. Einer der Diplomaten wurde in einer Fernsehsendung als zuständig für die Rekrutierung von MI6-Agenten dargestellt. Gleichzeitig wurde behauptet, dass dieser Mann viele Kontakte in der russischen NRO-Sphäre habe. So wurde zu verstehen gegeben, dass russische NROs, insbesondere diejenigen mit ausländischer Förderung, einen fruchtbaren Boden für die Anwerbung von Agenten abgeben. Besagter Diplomat hatte einige NROs angeblich mit Geld unterstützt. Das britische Außenministerium in London leugnete nicht, dass russische NROs von britischer Seite finanziell

41 In Russland heißen sie »nicht-kommerzielle Organisationen«.

42 Alison Kamhi, »The Russian NRO Law: Potential Conflicts with International, National and Foreign Legislation«, in: *The International Journal of Not-for-Profit Law* 9 (Dezember 2006) 1, <www.icnl.org/knowledge/ijnl/vol9iss1/art_6.htm>.

43 Liliana Proskuryakova, »Russian Civil Society Will Find It Harder to Breathe«, *YaleGlobal online*, 8.12.2005, <<http://yaleglobal.yale.edu/article.print?id=6607>>.

44 Yevgeny Volk, »Russia's NGO Law: An Attack on Freedom and Civil Society«, *The Heritage Foundation*, 24.5.2006 (Web Memo 1090), <www.heritage.org/research/RussiaandEurasia/wm1090.cfm>.

45 United States Commission on International Religious Freedom, *Challenge to Civil Society: Russia's Amended Law on Noncommercial Organizations*, Washington, D.C., März 2007, <www.uscirf.org/reports/Russia_NGO_report_FINAL_March5.pdf>, S. 7.

46 Kamhi, »The Russian NRO Law« [wie Fn. 42].

gefördert werden, ließ aber verlauten: »Alle unsere Hilfe wird offen geleistet und zielt auf die Unterstützung der Entwicklung einer gesunden Zivilgesellschaft in Russland«. ⁴⁷ Dmitrij Medwedew spielte als Präsidentschaftskandidat auf diese Angelegenheit an, als er in einem Interview behauptete, dass Organisationen wie der British Council auch Geheimdiensttätigkeiten betreiben würden. ⁴⁸

Die Entdeckung des »spy rock« kurz nach der Unterzeichnung des NRO-Gesetzes durch Putin am 10. Januar 2006 legt den Schluss nahe, dass es sich bei der ganzen Affäre um einen Versuch der russischen Geheimdienste handelte, die Notwendigkeit der Änderungen des NRO-Gesetzes zu untermauern. Putin selbst rechtfertigte das neue Gesetz im Herbst 2006 mit den Worten, es sei nötig, »um den Terrorismus zu bekämpfen und um zu verhindern, dass ausländische Spione NROs als Tarnung benutzen«. ⁴⁹ Auffällig ist auch, dass sich die Sicherheitsdienste in die Debatte über das NRO-Gesetz offen einmischten. Sowohl Nikolai Patruschew, damals FSB-Direktor, als auch Sergei Lebedew, der bis Oktober 2007 den russischen ausländischen Geheimdienst leitete, sprachen sich für ein neues restriktives NRO-Gesetz aus. ⁵⁰ Patruschew etwa meinte, dass Lücken in der Gesetzgebung und das Fehlen effizienter Mechanismen für eine staatliche Überwachung der entsprechenden Organisationen ausländischen geheimdienstlichen Operationen, die als philanthropische Aktivitäten getarnt worden seien, den Weg geebnet hätten. ⁵¹

Das zentrale Argument der öffentlichen Diskussion über NROs taucht schon in Putins Rede zur Lage der Nation im Mai 2004 auf. Dort hatte der Präsident bereits behauptet, dass russische NROs zum Teil dubiose Interessen vertreten bzw. mehr mit der Einwerbung ausländischer Finanzierung beschäftigt seien als mit der Suche nach Lösungen für die wichtigsten Pro-

bleme der russischen Bürger und Bürgerinnen. ⁵² Der konstruierte Kausalzusammenhang von zivilgesellschaftlichen Kräften, ihrer finanziellen Unterstützung durch das Ausland und revolutionären Umtrieben dient einerseits dazu, innenpolitische Maßnahmen zu rechtfertigen, die zivilgesellschaftlichen Akteuren die Arbeit schwer machen; er dient andererseits dazu, konfrontative Elemente der Außenpolitik sowohl gegenüber GUS-Ländern wie der Ukraine und Georgien als auch gegenüber dem Westen zu legitimieren. Gegenstand des Feindbilds sind also einige westliche und GUS-Staaten sowie externe wie einheimische NROs. Auch das Zielpublikum dieser Botschaft ist die russische Bevölkerung, die von den feindlichen Absichten externer Akteure überzeugt werden soll. Das hier untersuchte Stereotyp des antiwestlichen Feindbilds erfüllt also mehrere Funktionen gleichzeitig und kann mit einer Reihe von innen- wie außenpolitischen Handlungen in Verbindung gebracht werden.

Dritte Botschaft: Nationalstolz wiederhergestellt

Hintergrund für diese Botschaft ist die unter Russen verbreitete Empfindung, dass Russland in den 1990er Jahren ein schwacher Staat war, der von westlichen Akteuren gedemütigt wurde. Diese Wahrnehmung kehrt sich nun um mit dem Resultat, dass die politische Führung und große Teile der Bevölkerung inzwischen wieder von der Überzeugung durchdrungen sind, zu alter Geltung zurückgefunden zu haben. Als Beispiel dafür, wie diese Botschaft vermittelt wird, kann die Antwort Putins auf die »Albright-Frage« dienen. Als der Anrufer aus Nowosibirsk nach der Haltung des Präsidenten zu dem angeblichen Zitat von Madeleine Albright fragte, dass Russland zu viele Ressourcen für ein einziges Land habe, erwiderte dieser: »Russland, Gott sei Dank, ist nicht Irak. Es hat ausreichend Stärke und Macht, um sich und seine Interessen zu verteidigen, sowohl auf seinem eigenen Territorium als auch in anderen Teilen der Welt.« ⁵³ Die Antwort zeigt, wie eng das antiwestliche Feindbild mit dem Selbstbild Russlands als wiedererstarke Nation verknüpft ist.

Die Konstruktion des Selbstbilds lässt sich am besten anhand der Konjunkturen nachvollziehen, die die Geschichtsschreibung in Russland in jüngster Zeit

⁴⁷ Nick Paton Walsh, »Moscow Names British »Spies« in NRO Row«, in: *The Guardian*, 23.1.2006, <www.guardian.co.uk/print/0,,5381318-103610,00.html>.

⁴⁸ Interview mit Dmitrij Medvedev in der Zeitschrift *Itogi*, 18.2.2008.

⁴⁹ Elif Kaban, »Foreign Humanitarian Agencies Suspend Work in Russia«, *Global Policy Forum*, 19.10.2006, <www.globalpolicy.org/ngos/state/2006/1019suspend.htm>.

⁵⁰ Steven Eke, »Russian Spy Chief Backs NRO Bill«, *BBC News*, 8.12.2005, <<http://news.bbc.co.uk/go/pr/fr/-/1/hi/world/europe/4512028.stm>>.

⁵¹ Simon Saradzhyan/Carl Schreck, »NGOs a Cover for Spying in Russia«, in: *Moscow Times*, 13.5.2005, <www.globalresearch.ca/PrintArticle.php?articleId=139>.

⁵² Siehe <www.kremlin.ru/appears/2004/05/26/2003_type63372type63374_71501.shtml> (Zugriff am 26.2.2008).

⁵³ »Putin Suggests U.S. Wants Iraq's Oil (and Russia's Riches Too)«, in: *Wall Street Journal*, 18.10.2007, zu finden unter <www.libertypost.org/cgi-bin/readart.cgi?ArtNum=203516>.

durchlaufen hat. Nach dem Zerfall der Sowjetunion geriet das Schulfach »Geschichte« zunächst in eine Krise. Die alte Version der sowjetischen Geschichte, die auf den Lehren des Marxismus-Leninismus basierte, war im Wesentlichen diskreditiert, ohne dass es dazu eine akzeptable Alternative gab. Sowohl die Lehrer und Lehrerinnen als auch Schulbücher waren stark von der sowjetischen Ideologie geprägt. Durch den Wegfall der doktrinären Geschichtsinterpretation öffnete sich eine Lücke, die in den 1990er Jahren durch unterschiedliche historiographische Konzepte gefüllt wurde. Dadurch wurde der »Markt« für die Deutung der neuesten Geschichte ziemlich unübersichtlich. Wie Tatjana Wolodina von der staatlichen pädagogischen Hochschule in Tula feststellt, stand auf einmal »ein breiteres Spektrum an Geschichtslehrbüchern für alle Schulklassen zur Verfügung, weil jeder, der ausreichend Geld hatte, ein solches Lehrbuch veröffentlichen und vermarkten konnte«.⁵⁴ Wenngleich diese Bücher in ihrer Qualität sehr differierten, war die Tatsache, dass die Geschichtslehrer überhaupt eine Auswahl zwischen verschiedenen Lehrbüchern hatten, eine wichtige Neuerung.⁵⁵

Wie Wolodina bemerkt, gab es in jenen Jahren Lehrbücher, die mit öffentlichen Geldern hergestellt, und solche, die aus privaten Mitteln finanziert wurden.⁵⁶ Einige Beobachter halten diesen Unterschied im Nachhinein für entscheidend für das Scheitern des historiographischen Pluralismus. Denn einige Schulbücher zur russischen Geschichte wurden in dieser Phase von westlichen Organisationen wie der Soros-Stiftung gefördert. Laut Wolodina waren solche Bücher in ihrer Darstellung etwas prowestlicher und antirussischer als andere, und diese Tatsache »beleidigte viele Leute und stimulierte eine öffentliche Kontroverse«.⁵⁷ In einer Radiosendung, an der Wolodina teilnahm, wurde ein von George Soros unterstütztes und von Alexander Kreder verfasstes Geschichtsbuch stark kritisiert: »Viele Menschen, insbesondere der älteren Generation, brachten einen intensiven Hass auf das Kreder-Buch zum Ausdruck und erklärten, dass alle

Verteidiger von Kreder und Soros Teilnehmer an einer antirussischen zionistischen Verschwörung seien«.⁵⁸

Auf der einen Seite waren die 1990er Jahre also eine Zeit, in der über Geschichte öffentlich debattiert wurde und neue, nichtsowjetische Interpretationen vorgestellt werden konnten. Es entwickelte sich eine gewisse Liberalität in der Sphäre der Geschichtsschreibung. Auf der anderen Seite wurde gerade durch solche Ansätze zur intellektuellen Öffnung eine Grundlage gelegt für die spätere Tendenz, das Jahrzehnt nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion als eine Periode des übertriebenen Einflusses des Westens auf russische Angelegenheiten zu betrachten. Was von westlichen Akteuren als objektive und förderungswürdige Geschichtsschreibung angesehen wurde, nahmen viele Russen als einen Versuch wahr, das Heimatland anzuschwärzen, nicht zuletzt, um damit eigene Ziele zu verfolgen. Alexander Filippow, Leiter einer Autorengruppe, die ein neues Handbuch für Geschichtslehrer und -lehrerinnen erarbeitete, formulierte diese Einstellung so:

»Bis vor kurzem war die russische Geschichte Gegenstand einer Propagandaoffensive, die sowohl innerhalb des Landes als auch im Ausland betrieben wurde. Dieser Angriff verfolgte zwei Ziele. Das erste war, zu beweisen, dass Russland im gesamten Verlauf seiner Geschichte nur einen Platz am Rande der Weltpolitik hatte und keinen Platz in der Gruppe der sogenannten zivilisierten Nationen hat. Das zweite Ziel war, zu beweisen, dass Russland, als der Nachfolger eines totalitären Regimes, für immer dazu verurteilt ist, für die wirklichen oder erfundenen Verbrechen dieses Regimes zu büßen.«⁵⁹

Nach Filippow haben die Förderer einer solchen Interpretation der russischen Geschichte ganz handfeste Motive: Sie wollen »der russischen Gesellschaft einen Minderwertigkeitskomplex und ein Gefühl des historischen Schuldbewusstseins einflößen und dann diese Gefühle dazu benutzen, um einige sehr materielle Probleme zu lösen. Wir können Beispiele solcher

⁵⁴ Tatyana Volodina, »Teaching History in Russia after the Collapse of the USSR«, in: *The History Teacher* 38 (2005) 2, <www.historycooperative.org/journals/ht/38.2/volodina.html>.

⁵⁵ Elena Zubkova, *Zurück in die Zukunft? Geschichtsdebatte im heutigen Russland zwischen Europa und Nation*, Vortrag an der Humboldt-Universität, Berlin, 24.1.2008.

⁵⁶ Volodina, »Teaching History in Russia« [wie Fn. 54], Absatz 11.

⁵⁷ Ebd., Absatz 12.

⁵⁸ Ebd., Absatz 13. Das Stereotyp der »antirussischen zionistischen Verschwörung« reicht bis in die Epoche des Zarenreichs zurück und wurde auch in der Sowjetzeit gepflegt. Es ist im größeren Zusammenhang mit dem Topos einer angeblichen jüdischen Weltverschwörung zu sehen, die in dem vermutlich von Russen verfassten antisemitischen Pamphlet »Die Protokolle der Weisen von Zion« mit Hilfe von fiktionalen Texten unterstellt wurde.

⁵⁹ Dmitry Babich, »On the Wrong Side of History: A New Teachers' Manual Provokes Debate«, in: *Russia Profile*, 25.7.2007, zitiert in Johnson's Russia List (JRL 2007-161, #6), <www.cdi.org/russia/johnson/2007-161-6.cfm>.

»Lösungen« in manchen Ländern der GUS und des Baltikums sehen.«⁶⁰ Filippows Aussagen zeigen deutlich, dass die in Russland verbreitete Auffassung, die Geschichtsschreibung der 1990er Jahre sei instrumentell gewesen, mit der Wahrnehmung westlicher Politik eng verknüpft ist und konkret mit der Lage in den Staaten der GUS und des Baltikums in Verbindung gebracht wird. Deren selbständige Entwicklung gilt in Russland als eine der sichtbarsten Manifestationen der antirussischen Aktivitäten des Westens. Auch die Botschaft »Wir können wieder stolz auf uns sein« ist somit eine Resonanz auf das hier beschriebene Feindbild, indem eine Auseinandersetzung mit den dunklen Seiten der russischen Geschichte abgetan wird als ein vom Ausland gesteuerter Versuch, das russische Selbstbewusstsein zu schwächen, um materielle Vorteile daraus zu ziehen.

Filippows Handbuch erschien einen Tag vor einem Treffen Wladimir Putins mit russischen Geschichtslehrerinnen und -lehrern. Bei dieser Gelegenheit unterstützte der Präsident Filippows Linie. Wörtlich sagte Putin: »Viele Schulbücher werden von Menschen geschrieben, die arbeiten, um ausländische Gelder zu bekommen. Sie tanzen nach der Musik, die andere bezahlt haben. Verstehen Sie? Leider finden diese Bücher ihren Weg in die Schulen und Hochschulen.« Er plädierte für Schulbücher, die Kinder stolz auf ihr Land machen, denn »niemand darf uns Schuldgefühle aufzwingen«.⁶¹ Dennoch hat Filippows Handbuch den offiziellen Segen des Kremls nicht erhalten, wahrscheinlich weil es in einigen Teilen der Darstellung über die offizielle Linie hinausgeschoss.⁶² Allerdings wird ein von Filippow herausgegebenes Schulbuch zur neuesten russischen Geschichte derzeit in einigen Schulen getestet, und es ist nicht unwahrscheinlich, dass es für alle russischen Schulen empfohlen wird.⁶³

Das Eigenlob für Russland und die neue Geschichtsschreibung sind eng verknüpft mit der Kritik an anderen Ländern. Zwar werden die düsteren Aspekte der russischen Geschichte nicht partout geleugnet, im Vergleich zu den Untaten anderer Staaten erscheinen

sie aber in einem guten Licht. In diesem Zusammenhang wird auf die Geschichte der USA und auf das nationalsozialistische Deutschland verwiesen. Die Amerikaner hätten im Zweiten Weltkrieg immerhin die Atombombe auf japanische Städte geworfen und in Vietnam chemische Waffen wie »Agent Orange« eingesetzt. Etwas Vergleichbares hätten die Sowjetunion und Russland nie getan. Überhaupt werden die schrecklichsten Phasen der russischen und sowjetischen Geschichte in den Geschichtsbüchern gern relativiert. Stalins Handlungen zum Beispiel werden als nachvollziehbar oder angesichts der internationalen Lage gar unvermeidlich dargestellt.⁶⁴ Dem Filippow-Handbuch wird diese Sichtweise dadurch erleichtert, dass das Buch erst mit dem Jahr 1945 beginnt. Der Akzent liegt dementsprechend auf dem Sieg im »Großen Vaterländischen Krieg«, während den davor stattfindenden Repressalien bis hin zum Massenterror wenig Platz gewidmet wird. Immerhin wird eingeräumt, dass es auch wesentlich negativere Urteile über die Stalinzeit gibt.⁶⁵

Das positive Russlandbild wird nicht nur von der neuen Geschichtsschreibung vermittelt, sondern auch in Film- und Fernsehproduktionen. Besonders anschauliche Beispiele hierfür sind der Film *1612*, in dem es um einen bedeutenden russischen Sieg über die polnische Armee geht, aber auch die Gründung einer »Stiftung für die Unterstützung des patriotischen Films«.⁶⁶ *1612* erschien pünktlich zum neuen Feiertag, dem »Nationalen Einheitstag« am 4. November, der dem Gedenken an ebendiesen Sieg gewidmet ist und den früheren »Tag der Oktoberrevolution« am 7. November ersetzen soll. Die Verlegung des Feiertags im Jahr 2005 diente genauso wie der Film dem Bemühen, die positiven Seiten der russischen Geschichte zu betonen, umso mehr, weil der Sieg über Polen mit dem Ende der sogenannten »Zeit der Wirren« und dem Beginn der Romanow-Dynastie zusammenfiel.⁶⁷ Dazu passt es, dass die in Russland verpönten 1990er Jahre dort heute gern als neue »Zeit der Wirren« apostrophiert werden.

⁶⁰ Ebd.

⁶¹ Beide Zitate sind zu finden in: *Stenografičeskij otčet o vstreče s delegatami Vserossijskoj konferencii prepodavatelej humanitarnych i obščestvennych nauk* [Stenografischer Bericht über das Treffen mit Delegierten der Allrussischen Konferenz der Lehrer der Geistes- und Sozialwissenschaften], 21.6.2007.

⁶² Babich, »On the Wrong Side of History« [wie Fn. 59].

⁶³ Alexander Arkhangelsky, »The Problem of the »Right« Textbook«, in: *Russia Profile.org*, 2.1.2008, <www.russiaprofile.org/page.php?pageid=Politics&articleid=a1199291435>.

⁶⁴ »Russia's Past: The Rewriting of History«, in: *Economist.com*, 8.11.2007, <www.economist.com/world/europe/PrinterFriendly.cfm?story_id=10102921>.

⁶⁵ A. V. Filippov, *Novejšaja istorija Rossii 1945–2006 gg. Kniga dlja učitelja* [Russlands neueste Geschichte 1945–2006. Ein Handbuch für LehrerInnen]. Moskau 2007, S. 81f.

⁶⁶ Alexander Osipovich, »Un-Hollywood: In Russia, Films Promote the State«, in: *Wall Street Journal*, 9.1.2008, S. D8.

⁶⁷ Victor Yasmann, »Russia: New Russian Holiday Has More Behind It than National Unity«, *Radio Free Europe/Radio Liberty*, 4.11.2005, <www.rferl.org/content/article/1062670.html>.

Das positive Selbstbild, das Russland mittlerweile aufgebaut hat, erfüllt nicht per se die Funktionen von Feindbildern, die oben geschildert wurden. Dennoch ist es mit diesen Funktionen verknüpft. Denn es begleitet und stützt die Entwicklung einer staatlichen Ideologie, die nicht nur Bedrohungen konstruiert, um bestimmte innen- oder außenpolitische Maßnahmen nahezulegen, sondern den Graben gegenüber den Feinden auch dadurch vertieft, dass diesen das eigene gesellschaftliche und politische Modell diametral entgegengesetzt wird. Und das Propagieren eines positiven Selbstbilds hat noch einen anderen Zweck: Es strukturiert das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft, ein Effekt, der ebenfalls zu den anfangs aufgelisteten Funktionen von Feindbildern gehört. Die Gesellschaft wird dem Staat untergeordnet, da der gesamte Nationalstolzdiskurs darauf gründet, dass Erstere Letzteren braucht, um vor Feinden geschützt zu sein.

Vierte Botschaft: Der Feind ist unter uns

Das letzte hier untersuchte russische Feindbild-Stereotyp richtet sich gegen politische Akteure im Innern. Als interne Feinde hat die Führung in Moskau insbesondere Nichtregierungsorganisationen und die Oppositionsparteien ausgemacht. Über den Umgang mit den NROs und ihre Stigmatisierung als Steigbügelhalter »farbiger Revolutionen« wurde oben schon berichtet (siehe S. 18f). Der Schwerpunkt der Betrachtung soll deshalb in diesem Abschnitt auf den Oppositionsparteien liegen.

Insbesondere im Vorfeld der Duma-Wahlen im Dezember 2007 wurden die Oppositionsparteien wiederholt als Verräter dargestellt. Die russischen Behörden und regierungsnahen Institutionen setzten eine breite Palette von Schikanen gegen sie ein: der Zugang der Oppositionellen zu den Medien wurde stark begrenzt, die ihnen zustehende Finanzierung für die Wahlkampagne wurde ihnen vorenthalten, die Möglichkeiten zur Versammlung dadurch beschnitten, dass man ihnen die Anmietung angemessener Räumlichkeiten verweigerte. Unter anderem kam es auch zu Verhaftungen wichtiger Mitglieder.⁶⁸ Für die vorliegende Untersuchung ist in erster Linie der

offizielle Diskurs von Interesse, der die Oppositionsparteien mit ausländischen Akteuren in Verbindung bringt und sie zum internen Feind stilisiert.

Dieser Diskurs fand kurz vor den Duma-Wahlen seinen vorläufigen Höhepunkt, als Putin auf dem sogenannten »Allrussischen Forum der Unterstützer Putins« die politische Opposition mit den folgenden Worten anging: »Es gibt innerhalb des Landes solche, die um ausländische Botschaften, um ausländische diplomatische Vertretungen herumschleichen (*schakalit*), [die] auf ausländische Stiftungen und Regierungen zählen statt auf die Unterstützung des eigenen Volkes.«⁶⁹ Dass er damit Teile der politischen Opposition meinte, wurde klar, als er hinzufügte, dass er über Personen spreche, die »in den 1990er Jahren, hochrangige Posten innehabend, zum Schaden der Gesellschaft und des Staates agierten [...] Diese Leute haben die politische Bühne nicht verlassen. Sie werden ihre Namen unter den Kandidaten und Sponsoren einiger Parteien finden. Sie wollen sich revanchieren, zurück an die Macht kommen, in die Sphäre des Einflusses – und allmählich das oligarchische Regime restaurieren, das sich auf Korruption und Lügen gründet.«⁷⁰ Mit diesen Aussagen erreicht Putin dreierlei. Erstens stellt er die Opposition in ein schlechtes Licht, indem er sie implizit des Verrats an ihrem Heimatland beschuldigt und sie wegen ihrer exponierten Rolle in der Jelzin-Ära für die heutigen Probleme Russlands verantwortlich macht. Zweitens greift er das Feindbild der ausländischen Kräfte, die gegen Russland agieren, auf und bringt die Opposition damit in Verbindung. Drittens kultiviert er das positive Selbstbild Russlands, indem er einmal mehr die Phase der 1990er Jahre daraus ausklammert. Hauptsächlich geht es aber darum, die politische Opposition in den Augen der Wahlbevölkerung zu diskreditieren.

Wie gesehen, wird die Opposition mit den von Putin und anderen Politikern inzwischen extrem negativ bewerteten 1990er Jahren in Russland identifiziert. Der Ausschluss sowohl der Perestrojka-Phase als auch und vor allem der 1990er Jahre aus der überwiegend positiven Darstellung der russischen Geschichte wird damit begründet, dass während jener Zeit die inneren Feinde von heute mit ausländischen Akteuren kooperiert hätten. Da nach russischer Lesart westliche Staaten und Organisationen in erster Linie

⁶⁸ Siehe z.B. »Putins fragwürdiger Triumph: OSZE nennt Russland-Wahl unfair, Opposition plant Proteste, *Spiegel-Online*, 3.12.2007, <www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,521022,00.html>.

⁶⁹ »Putin sravnil opponentov s shakalami« [Putin verglich die Gegner mit Schakalen], *BBC RUSSIAN.com*, <http://news.bbc.co.uk/1/hi/russian/russia/newsid_7105000/7105258.stm>.

⁷⁰ Ebd.

daran interessiert sind, Russland zu schwächen, gelten die in den neunziger Jahren Verantwortlichen heute als Kräfte, die Russland an den Rand des Ruins getrieben haben. Zwar gehe von den internen wie externen Feinden auch gegenwärtig immer noch eine Gefahr aus, doch Sorge der russische Staat nun dafür, dass es zu einer solch gefährlichen Zusammenarbeit nicht mehr kommt.

Als der Dokumentarfilm *barkhat.ru* im November 2007 erneut ausgestrahlt wurde, fügte der Regisseur Arkadij Mamontow zuvor einige Szenen vom »Marsch der Nichteinverstandenen«, einer Protestaktion der oppositionellen Kräfte in mehreren russischen Städten, in den Beitrag ein. Im Kommentar dazu wurde eine der teilnehmenden Parteien, die »Union der Rechten Kräfte«, heftig kritisiert. Die Integration dieser Filmpassagen ist ein Beleg dafür, dass die Propagandisten des Feindbilds zunehmend einen Zusammenhang herstellen zwischen internen »Feinden« in Gestalt der politischen Opposition, westlichen Akteuren, die angeblich gegen Russland arbeiten, und russlandfeindlichen Elementen in den Nachbarländern. Die verschiedenen Botschaften, die im Zusammenhang mit dem Feindbild vermittelt werden, sind also eng miteinander verknüpft und fügen sich zu einem geschlossenen Weltbild zusammen, zu einer neuen »nationalen Idee«. Hauptfunktion der Botschaften ist es, die innenpolitische Linie der russischen Regierung zu legitimieren, insbesondere das harte Vorgehen gegen die Feinde im Innern, die speziell in Organisationen der Zivilgesellschaft zu finden sind.

Die hier untersuchten Feindbild-Stereotypen in Russland verflochten sich zu einer Weltanschauung, deren Kern die negative Perzeption des Westens ist. Nach der Logik dieses Denkens geht die angebliche Absicht westlicher Akteure, sich Russlands Ressourcen zu eigen zu machen, mit Bemühungen einher, Russland von seinen Nachbarländern aus zu schwächen. Dies wiederum gibt Russland die Gelegenheit, seine Stärke zu demonstrieren und dadurch den »Feind« zu besiegen. Gleichzeitig bietet diese Deutung der Situation eine Rechtfertigung, um russische Akteure wie NROs oder Oppositionskräfte, die dem Westen gegenüber aufgeschlossen sind, mit dem »Feind« zu assoziieren und dadurch innenpolitisch zu diskreditieren. Die Gegenüberstellung »Russland – der Westen« fungiert als Rahmen für die Wahrnehmung der gesamten internationalen Politik und wirkt gleichzeitig durch das Paradigma des Kalten Krieges bei großen Teilen der Elite wie der Bevölkerung vertraut.

Zwar ist es ein Charakteristikum der russischen Feindbild-Rhetorik, dass meist keine konkreten Akteure genannt werden, doch zeigt eine nähere Beschäftigung mit entsprechenden Verlautbarungen, dass in der deutlichen Mehrheit der Fälle die USA gemeint sind. Europa bzw. die EU werden selten allein als Feinde angesprochen, manchmal werden sie allerdings zusammen mit den USA als Teil des Westens betrachtet. Bestimmte europäische Länder (z.B. Estland, Großbritannien) sind aber häufiger als andere Zielscheibe von Verbalattacken. Die wiederkehrende russische Kritik an Repräsentanten der Demokratieförderung richtet sich zudem nicht nur gegen US-amerikanische, sondern auch gegen europäische staatliche und nichtstaatliche Akteure.

Dadurch, dass die vier Botschaften miteinander verwoben sind, besitzt das Feindbild als Ganzes mehr Kraft und eine größere Reichweite. Denn die einzelnen Botschaften können sich so fester im medialen und privaten Diskurs verwurzeln und zu einer öffentlichen Meinung verhärten, die auch politische Entscheidungen mitträgt. So lässt sich beobachten, dass die Einstellung der Bevölkerung gegenüber dem Westen im Laufe der letzten drei Jahre immer negativer geworden ist. Während im Juni 2005 immerhin 63 Prozent der Befragten positiv bzw. eher positiv über die USA dachten, reduzierte sich dieser Wert im Folgejahr auf 52 Prozent und weiter auf 48 Prozent im Jahr 2007.⁷¹ Auch im Hinblick auf die Europäische Union war ein Rückgang der Sympathie festzustellen, wenngleich er weniger dramatisch ausfiel: Der Prozentsatz der Befragten mit einer eher wohlwollenden Haltung gegenüber der EU sank von 73 Prozent (Mai 2005) über 70 Prozent (Juni 2006) auf 66 Prozent (Juni 2007).⁷² An solchen Zahlen lässt sich ablesen, dass Feindbilder, die von politischen Akteuren für ihre Zwecke konstruiert und vermittelt werden, in der Gesellschaft Reaktionen erzeugen, die sich mit der Zeit der Steuerung entziehen können.

Wichtig für die Haltbarkeit und die Wirkungsmacht eines Feindbilds ist, dass sowohl offizielle als auch informelle Komponenten dort hineinfließen. Dies bedeutet erstens, dass wichtige Impulse für die Konstruktion des Feindbilds wohl stets von oben

⁷¹ Umfrage des Levada-Zentrums: *Indeks otnošenija k SŠA* [Zustand der Beziehungen zu den USA], <www.levada.ru/russia.print.html>.

⁷² Umfrage des Levada-Zentrums: *Rossija i Evropejskoe Soobščestvo* [Russland und die Europäische Gemeinschaft], <www.levada.ru/interrelations3.print.html>. Für Juni 2005 gab es keine Angaben.

kommen, weil dessen Vermittlung im Interesse eines Teils der politischen Elite ist. Zweitens aber finden diese Impulse Resonanz in der Gesellschaft, wo sie aufgegriffen und weiterentwickelt werden. Diese Kombination von Einflüssen stärkt die Überzeugungskraft des Gesamtbilds. Sie bedeutet auch, dass ein bloßer Wechsel in der Taktik der politischen Elite nicht ausreicht, um das Feindbild auf der gesellschaftlichen Ebene zu eliminieren. Dennoch könnte ein Akzentwechsel in den von oben ausgesandten Impulsen zu einem allmählichen Wandel in den gesellschaftlichen Einstellungen beitragen.⁷³ Dass der neue Präsident Medwedew eine solche Richtungsänderung beabsichtigen würde, war allerdings in den ersten Monaten seiner Amtszeit nicht zu beobachten. Die jüngste Krise im Kaukasus deutet eher auf eine Konsolidierung des bestehenden Feindbilds auf Seiten der russischen politischen Elite hin, wobei sich ein weiteres Mal die bereits existierende Kluft zwischen der eher positiven Behandlung der EU und der negativen Rhetorik vertiefte, die sich gegen die USA richtet.

⁷³ Allerdings wird hier nicht angenommen, dass die gesamte russische Bevölkerung die offizielle Darstellung einfach übernimmt. Während ein Teil die von oben angeordnete Wahrnehmung kritisch hinterfragt, neigt ein anderer (größerer) Teil dazu, sich die offizielle Linie zu eigen zu machen, insbesondere, da der Zugang zu anderslautenden Meinungen nicht leicht ist.

Politische und gesellschaftliche Implikationen des Feindbilds

Zu Beginn der vorliegenden Studie wurden fünf Funktionen erläutert, die Feindbilder erfüllen können. Eine Auseinandersetzung mit der Relevanz dieser Funktionen im russischen Kontext offenbart einige Tendenzen der heutigen politischen und gesellschaftlichen Entwicklung in Russland, die Folgen für den deutschen und europäischen Umgang mit der Russischen Föderation haben.

Das antiwestliche Feindbild ist einer der Eckpfeiler eines von der russischen Führung propagierten politischen Modells, das die Gesellschaft dem Staat unterordnet. Dieses Modell stellt den Staat als Beschützer dar, während Teile der Gesellschaft dieses Schutzes bedürfen und andere Teile dem russischen Staat gegenüber feindlich gesinnt sind. Der Staat muss gegen diese Elemente eingreifen und agiert so gleichzeitig gegen Einmischungsversuche ausländischer Akteure, die sich mit innenpolitischen Kräften verbündet haben.

Innenpolitisch hilft das Feindbild der herrschenden Elite in Russland, die Bevölkerung von einer sowohl äußeren wie inneren Bedrohung zu überzeugen, damit sie auch weiterhin den Primat des Staates akzeptiert und für notwendig hält. Denn dies gibt den Eliten freie Hand und stärkt die Sicherheitskräfte, die schon unter Putin eine beachtliche Rolle gespielt haben. Außerdem begünstigt das Feindbild den Aufbau eines Gefühls von Nationalstolz, das seinerseits die Akzeptanz des Regimes erhöht. Dass der Nationalstolz in den 1990er Jahren verlorengegangen war, weil damals äußere und innere Feinde ungehindert miteinander kollaborieren konnten, ist, wie gesehen, einer der Topoi der Feindbildrhetorik. Ein ausgeprägter Nationalstolz ist darüber hinaus die Grundlage für die mögliche Herausbildung nationalistischer Einstellungen, die Russland über andere Länder erheben.

So dient die Feindbildproduktion auch dazu, ein ideologisches Vakuum zu füllen. Das derzeit intensiv kultivierte Selbstbild Russlands als autarker Staat bildet den Keim für einen zunehmenden Nationalismus, indem es die Idee eines eigenen, von anderen unabhängigen und diesen überlegenen Entwicklungswegs vermittelt. Hauptsächlich lenkt das Feindbild jedoch davon ab, dass die Elite weniger mit ideologischen Fragen und primär mit der Erhaltung ihrer Macht und ihres durch die Macht erzielten Reichtums

beschäftigt ist. Insofern sind die ideologischen Inhalte erst einmal nur vorgetäuscht (und werden offiziell geleugnet). Sie könnten aber in der Gesellschaft Fuß fassen, je nach dem, in welchem Maße sie sich der neuen Regierung als nützlich erweisen bzw. sich in der Bevölkerung ausbreiten und eine Eigendynamik entwickeln, was ja teilweise schon zu beobachten ist.

Eine Funktion des Feindbilds Westen ist es aber auch, Bedrohungsgefühle zu steigern. Durch die Unterstellung, westliche Akteure kooperierten mit zivilgesellschaftlichen Organisationen in den Nachbarstaaten Russlands, wird die Wahrnehmung geschürt, der Feind rücke an Russland heran. Das Interesse einiger Nachbarländer an einer NATO-Mitgliedschaft verstärkt diesen Eindruck noch. Dies alles kommt den Bestrebungen des russischen Militärs entgegen, das auf den Ausbau seiner Ressourcen pocht, aber auch den Wünschen der Sicherheitsdienste, da ja auch »interne Feinde« im Spiel sind. Die Pflege des Feindbilds deckt sich also mit den Zielen der militärischen und sicherheitspolitischen Elite.

Schließlich erfüllt das Feindbild den Zweck, den außenpolitischen Kurs der russischen Regierung zu legitimieren. Denn die angeblichen Bedrohungen von außen machen es notwendig, dass Russland gegenüber der internationalen Gemeinschaft als starker Akteur auftritt. Es tut dies unter anderem durch eine stärkere Diversifizierung seiner außenpolitischen Beziehungen. So hoffen russische politische Akteure, erstens das Gewicht der USA zu reduzieren und zweitens Russland selbst und andere mögliche Pole eines multipolaren Systems aufzuwerten. Für Moskau ist die EU einer dieser potentiellen Pole. Russland wird allerdings eher bereit sein, mit einer EU (bzw. mit ausgewählten Mitgliedstaaten) zu kooperieren, die sich gegen bestimmte Initiativen Washingtons stellt, vor allem im Sicherheitsbereich. Aktuelle Beispiele für einen solchen Dissens zwischen der EU und den USA sind das amerikanische Drängen auf eine NATO-Erweiterung nach Osten und die – inzwischen beschlossene – Stationierung von Teilen eines Raketenabwehrsystems in Polen und der Tschechischen Republik.

Doch das antiwestliche Feindbild in Russland wirkt nicht nur nach innen. Die demonstrativen Ressentiments und Verbalattacken verbreiten im Westen zu-

nehmend Verunsicherung über die »wahren« Absichten Russlands auf der internationalen Bühne, insbesondere seit dem »Fünf-Tage-Krieg« in Südossetien im August 2008. Sind diese Ausfälle Ausdruck einer wachsenden Neigung zur Konfrontation auf russischer Seite oder eher, wie der stellvertretende Direktor des Carnegie Moscow Center, Dmitri Trenin, versichert, Teil einer Strategie, die »in der Anwendung einer auf Stärke basierenden (*silovoj*) Diplomatie besteht, [...] um günstige Bedingungen für die Zusammenarbeit zu garantieren«?⁷⁴ Selbst wenn die Feindbilder von der russischen Führung in einer solch berechnenden Weise eingesetzt werden, kann ihre Instrumentalisierung dennoch fehlschlagen, nämlich dann, wenn die Propaganda über das Ziel hinausschießt und dadurch eine Konfrontation provoziert.

Die Imaginierung des Westens als Feind hat in Russland (bzw. der UdSSR) eine lange Tradition und kann in der Bevölkerung mit einer gewissen Resonanz, sprich Sympathie rechnen. Deswegen wird es für die russische Führungselite am einfachsten sein, das bestehende Feindbild weiter auszubauen. Das Feindbild wird zu einem Baustein in einer noch im Entstehen begriffenen Ideologie, in die noch andere Komponenten (wie z.B. die tragende Rolle der Russischen Orthodoxen Kirche) hineinfließen. Da beim Wechsel von Putin zu Medwedew im Präsidentenamt ohnehin stark auf Kontinuität gesetzt worden ist und wird, sind radikale Änderungen im offiziellen Feindbilddiskurs nicht zu erwarten. Die Handlungen und die Rhetorik Russlands während der Kaukasus-Krise lassen derzeit eher eine zumindest kurzfristige Belebung des Feindbilds und eine noch größere Differenzierung bei der Beurteilung der Rolle der EU bzw. der USA erwarten.

Dennoch deutet einiges darauf hin, dass es im Interesse zumindest von Teilen der russischen Führung sein dürfte, das antiwestliche Feindbild allmählich zu entschärfen. Die Modernisierungsbedürfnisse der russischen Wirtschaft, wie sie von einigen einflussreichen politischen und ökonomischen Akteuren in Russland verstanden werden, sprechen für eine graduelle Mäßigung der Feindbildrhetorik, während die sicherheitspolitische Elite von einer feindbildgeleiteten Politik eher profitiert. Die künftige Entwicklung des Feindbilds wird also in starkem Maße davon abhängen, wie der Machtkampf in der Elite ausgeht, der allerdings nicht auf die einfache Formel »Wirtschaft vs. Sicherheit« reduziert werden kann. In jedem Fall werden Elemente des Feindbilddiskurses bestehen bleiben, die

von der Führung nicht gesteuert werden können und sich in der Gesellschaft weiterentwickeln. Deshalb wäre es durchaus möglich, dass eine (wenn auch unwahrscheinliche) Demokratisierung Russlands mit einer Intensivierung der Feindbildrhetorik einhergeht, vor allem wenn dies im Interesse oppositioneller Kräfte sein sollte.

Obwohl es schwierig ist, seinen direkten Einfluss auf die russische Außenpolitik zu ermessen, können doch einige Reaktionen Moskaus mit dem antiwestlichen Feindbild in Verbindung gebracht werden. So war es wohl vor allem die Verletzung des positiven Selbstbilds, das Russland von sich und seiner Geschichte, insbesondere von der Rolle der UdSSR im Zweiten Weltkrieg, pflegt, die Moskau zu der heftigen Antwort auf die Verlegung des sowjetischen Kriegsdenkmal in Tallinn im Frühjahr 2007 hinriss. Die Schließung der regionalen Büros des British Council Anfang 2008 ist Ausdruck des ewigen Argwohns, dass sich innere und äußere Feinde zum Schaden Russlands zusammentun könnten. Gleichwohl zeigen diese wie auch andere Beispiele, dass solche Reaktionen nicht ausschließlich auf das Feindbild zurückzuführen sind. Vielmehr wurde das Feindbild in Kontexten aktualisiert, die schon zuvor konfliktreich waren. Im estnischen Fall waren der Eskalation schon jahrelange Grenzstreitigkeiten und Klagen über die Behandlung von russischsprachigen (Nicht-)Bürgern und Bürgerinnen vorausgegangen. Die Beziehungen zu Großbritannien mussten wegen der Aufnahme einiger prominenter Asylanten aus Russland (vor allem Boris Beresowski) und wegen des Streits über die Auslieferung Andrej Lugowois, des Hauptbeschuldigten im Fall Litwinenko, ebenfalls als belastet gelten. Daraus kann man schließen, dass die Aktivierung einer der oben geschilderten »Botschaften« nicht ausreicht, um bestimmte außenpolitische Handlungen hervorzurufen. Wenn aber eine solche Aktivierung stattfindet, ist es wahrscheinlicher, dass es zu einer Konfrontation zwischen Russland und einem anderen Staat bzw. nichtstaatlichen Akteur kommt. Deswegen kann eine Sensibilisierung für die »Botschaften« und das dahinterstehende Feindbild helfen, russische außenpolitische Maßnahmen nicht nur im Nachhinein zu verstehen, sondern auch im Vorhinein zu beeinflussen.

Feindbilder werden nicht nur durch interne Prozesse produziert, kultiviert und instrumentalisiert; die externen Akteure wirken mit ihrem Verhalten auf sie zurück. Deswegen ist es durchaus denkbar, dass deut-

74 Trenin, *Prinuždenie k partnerstvu* [wie Fn. 23], S. 5.

sche und europäische Akteure zur Entschärfung des antiwestlichen Feindbilds beitragen können. Dies kann auf drei Ebenen geschehen: Auf der Ebene des transatlantischen Verhältnisses, auf der Ebene der EU und ihrer Mitgliedstaaten und auf der gesellschaftlichen Ebene. In Bezug auf das transatlantische Verhältnis wäre es –insbesondere nach der Präsidentschaftswahl im November – sinnvoll zu versuchen, die USA stärker in einen Dialog über die russlandpolitischen Ziele der EU einzubeziehen. Umgekehrt dürfte eine genauere Kenntnis der geplanten Russlandpolitik der neuen US-Regierung deutschen und europäischen Akteuren helfen, Manifestationen des antiamerikanischen Feindbilds in russischen Äußerungen sachlich zu begegnen und eventuellen russischen Versuchen entgegenzuwirken, den transatlantischen Beziehungen durch ein geschicktes Ausspielen der unterschiedlichen europäischen Interessen zu schaden. Die EU selbst und die Mitgliedstaaten sollten sich im Dialog mit Russland darum bemühen, lediglich interessengeleitet zu argumentieren. Das direkte Ansprechen von Werteunterschieden provoziert auf russischer Seite aller Erfahrung nach Reaktionen, die dem Feindbilddenken verhaftet sind und das Gespräch blockieren. Wertefragen können im Zuge von interessengeleiteten Verhandlungen auch indirekt berührt werden. Ein solcher Dialogstil wird insbesondere diejenigen russischen Akteure ansprechen, denen an einer beidseitig vorteilhaften Entwicklung der Beziehungen gelegen ist. Was die Eindämmung des Feindbilds auf der gesellschaftlichen Ebene betrifft, so könnte möglicherweise einiges mit einem Ausbau der Austauschprogramme und der Kontakte zwischen Partnerstädten in der EU und Russland erreicht werden. Insbesondere die jüngere Generation würde, wenn sie sich eine eigene Anschauung vom Leben in den EU-Ländern machen könnte, die Chance erhalten, die vereinfachte Darstellung des Westens in den offiziellen Aussagen und den Medienberichten in Frage zu stellen. Dies wiederum könnte den gesellschaftlichen Boden bereiten für eine weniger auf Feindbilder bezogene russische Außenpolitik.

Feindbilder werden in Politik und Gesellschaft Russlands präsent bleiben, weil sie historisch verwurzelt sind und wichtige innenpolitische Funktionen erfüllen. Sie können aber durchaus mit einem signifikanten Maß an russischer Kooperation mit westlichen Staaten und Institutionen koexistieren. Die Aufgabe deutscher und europäischer Akteure ist es, die Implikationen des auf den Westen bezogenen Feindbilds für die russische Außenpolitik einerseits nicht über-

zubewerten und den Manifestationen des Feindbilds andererseits durch die Arbeit an ausgewogenen transatlantischen Beziehungen und konsequente Kooperationsangebote an Russland entgegenzuwirken.

Abkürzungen

CIA	Central Intelligence Agency (USA)
ESRC	Economic and Social Research Council
FSB	Federal'naja služba bezopasnosti (Föderaler Sicherheitsdienst, Russland)
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
MGIMO	Staatliches Institut für Internationale Beziehungen, Moskau
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NRO	Nichtregierungsorganisation
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PDA	Personal Digital Assistant
UNO	United Nations Organization